DISS-Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung

33 (2017)

Feiern! Trotz alledem!

Drei Jahrzehnte, ist das kurz oder lang? Seit 1987 forscht das DISS zu den Themen Rassismus und Einwanderung, zur extremen Rechten, zu Antisemitismus und Diskurstheorie. Mit dem Erscheinen dieses DISS-Journals feiern wir das 30-jährige Bestehen des Instituts.

Nach wie vor sind Analysen und Interventionen der kritischen Sozialforschung dringend notwendig. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns deshalb mit der Normalisierung von Racial Profiling und mit dem kleiner gewordenen Sagbarkeitsfeld für die Kritik an Grundrechtsverletzungen. Außerdem geht es um die Geschichte der völkischen Bewegung und die Aktualität völkischer Diskurse. Weitere Themen sind das Narrativ vom „dummen Nazi“ und die wirkmächtige Sozialfigur des „kleinen Mannes“. Wir beleuchten, wie die NPD auf ihr Nicht-Verbot reagierte und wie Pegida und die populistische extreme Rechte in der FAZ verhandelt wurden.

Aus dem Inhalt

Autoritarismus im Namen der Frauenrechte

Racial Profiling im öffentlichen Diskurs

Der „kleine Mann“ und sein großer Auftritt

Volk, völkisch, völkische Bewegung

Gespräche über Dekadenz im Institut für Staatspolitik

Das Nichtverbot der NPD aus Sicht der NPD

„Faschos sind doof“ – ein beliebtes Narrativ

Die FAZ und die populistische extreme Rechte

Wie Großbritannien sich am Brexit abarbeitet

30 Jahre DISS

Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)Siegstr. 15, 47051 Duisburg
Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:
Robin Heun, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Jobst Paul, Rolf van Raden, Hans Uske,

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

Autoritarismus im Namen der Frauenrechte

Die gesellschaftspolitischen Folgen der Silvester-Ereignisse

Von Isolde Aigner

Die sexuellen Übergriffe an Frauen in Köln und anderen Großstädten an Silvester 2015 haben innerhalb weniger Tage eine öffentlich-mediale Debatte um sexualisierte Gewalt ausgelöst, die wochenlang die Titelseiten dominierte. Dabei trat insbesondere eine Ethnisierung von Sexismus[1] in Erscheinung, indem sexualisierte Gewalt vor allem Einwanderern und Geflüchteten, also den ‚Anderen' zugeschrieben wurde. Zwar gab es damals auch Gegendiskurse, die eine rassistische Instrumentalisierung der Silvester-Ereignisse[2] kritisierten und zurückwiesen, wie zum Beispiel die medienwirksame Kampagne *#ausnahmslos*, die innerhalb weniger Tage von 10.000 Menschen unterzeichnet wurde[3]. Trotzdem haben seit Silvester 2015 vor allem rassistische, marginalisierende und autoritäre Handlungen und Haltungen innerhalb Politik und Medien an Zugkraft gewonnen und prägen das Land. Emanzipatorische Effekte im Sinne einer Selbstermächtigung von Frauen sind bis heute weitgehend ausgeblieben.

Die politischen Folgen der Silvester-Ereignisse

Nur wenige Wochen nach Silvester kommt es zu einer Verschärfung des Asylrechts mit dem „Asylpaket II", das unter anderem der Einschränkung des Familiennachzugs und der Beschleunigung der Abschiebeverfahren dient. Auch das Sexualrecht wird verschärft, geht zugleich aber auch mit einer Verschärfung des Aufenthaltsrechts für Migrant_innen einher. Wer zu einer Strafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird, soll das Aufenthaltsrecht verlieren. Das Ausspielen von Frauenrechten gegen Ausländerrechte war eine der ersten direkten Konsequenzen der Ethnisierung von Sexismus innerhalb der Silvester Ereignisse. Weitere folgten. Am Silvesterabend 2016 setzte das NRW-Innenministerium und die Polizei auf ein massives Polizeiaufgebot und auf das grundrechtsverletzende sogenannte Racial Profiling, bei dem junge Männer, denen das ethnische Täterprofil (‚nordafrikanische Herkunft') von Silvester 2015 zugeschrieben wird, „verdachtsunabhängig" kontrolliert wurden. Der Kölner Polizeipräsident Jürgen Mathies wies den Vorwurf der Verletzung von Grundrechten durch diese Kontrollen zurück und begründete das Vorgehen der Polizei mit dem aggressiven Verhalten der Männer und damit, dass von einem überwiegenden Teil mit Straftaten zu rechnen gewesen sei. Am frühen Abend um etwa 20 Uhr zeige sich in Köln ein vollkommen anderes Bild. Besonders auffallend war die massive Polizeipräsenz. Der Bahnhof und sein Vorplatz, der im Vorjahr um diese Zeit recht voll war, wirkte verhältnismäßig leer, die Stimmung unter den Menschen friedlich. Trotzdem kam es am Bahnhof zu entsprechenden Kontrollen: Jugendliche Jungen wurden systematisch vor Augen der Passant_innen eingekreist, kontrolliert und festgehalten. Die von Polizisten eingekesselten Jungen wirken nicht aggressiv, sondern vielmehr ängstlich, verunsichert und beschämt[4].

Die Normalisierung von Grundrechtsverletzungen in der Berichterstattung um Silvester 2016

Innerhalb der öffentlich-medialen Bewertung des Polizeieinsatzes nach Silvester 2016 zeichnete sich schließlich eine massive Diskrepanz ab. Während institutioneller Rassismus und Grundrechtsverletzungen hingenommen und normalisiert wurden, wurde jede kleinste Kritik an der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes der Polizei nicht nur sofort zurückgewiesen, sondern auch skandalisiert.

Die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes wurde von Politik und hegemonialen Medien überwiegend positiv bewertet – gerade auch mit dem Bezug auf die gewahrten Frauenrechte. TAZ-Redakteurin Simone Schmollack verteidigte das Vorgehen der Polizei: „‚Racial Profiling' hin oder her" – das Durchgreifen des neuen Polizeipräsidenten habe das erreicht, was alle von ihm erwartet hätten, nämlich keine massenhaften Übergriffe gegen Frauen (Alle dürfen sich sicher fühlen, taz v. 04.01.2017). Schmollack grenzte sich in ihrem Artikel von dem Redaktionskollegen Daniel Bax ab, eine der ganz wenigen Stimmen, die eine Gegenposition einnahmen und einen institutionellen Rassismus kritisierten: „Die Kritik an rassistischen Polizeikontrollen sollte in Deutschland eigentlich Bürgerpflicht sein, nach Nazizeit und NSU-Affäre. Stattdessen wird sie diffamiert. (In der weißen Blase, taz v. 04.01.2017) Kurz flammte Empörung auf, nachdem ein Tweet der Kölner Polizei bekannt wurde in dem diese schrieb, dass sie gerade mehrere ‚hundert Nafris' [nordafrikanische Intensivtäter] überprüfe, die

1 Eine Ethnisierung von Sexismus zeichnet sich nach Margarete Jäger dadurch aus, dass bestimmte sexistische (oder frauenfeindliche Haltungen und Verhaltensweise zum Charakteristikum einer bestimmten ‚Ethnie' gemacht werden, indem beispielsweise behauptet wird, dass türkische oder muslimische Männer sexistisch seien und Frauen in besonderer Weise unterdrückten.

2 *Silvester-Ereignisse* bezeichnen das diskursive Ereignis um Silvester.

3 Eine ausführliche Analyse zu der Ethnisierung von Sexismus innerhalb der S*ilvester-Ereignisse* findet sich in: Aigner, Isolde/Jäger, Margarete/Wamper, Regina (2016): Destruktive Wirkungen. Die rechten Instrumentalisierungen der Silvesterereignisse in Köln In: Häusler, Alexander/Virchow, Fabian (Hrsg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Hamburg: VSA Verlag.

4 Diese Beschreibungen gehen auf meine eigenen Beobachtungen am Silvesterabend 2015 und 2016 am Kölner Hauptbahnhof zurück.

Umstritten, aber jetzt dauerhaft im Sortiment: Pfefferspray im Drogeriemarkt.

am Hauptbahnhof festgehalten würden (obwohl logischerweise noch unklar war, ob es sich tatsächlich um ‚nordafrikanische Intensivtäter' handele). Als der Polizeipräsident Mathies sich entschuldigte, weil der Begriff nicht offiziell hätte verwendet werden sollen, ebbte die Empörung jedoch schnell wieder ab. Eine Kritik an der alleinigen Verwendung des Begriffs, der auf institutionellen Rassismus bei der Polizei verweist, blieb weitgehend aus.

Politik und Medien waren sich weitgehend einig, dass größere Vorkommnisse in der Silvesternacht nur aufgrund des Vorgehens der Polizei, ausgeblieben waren. Zum einen lässt sich das nicht beweisen, zum anderen wäre ein institutionelles, aber nicht-repressives Vorgehen durchaus möglich gewesen. So hätte z.B. das (grüne) Schulministerium im Vorfeld flächendeckende Maßnahmen (z.B. Konsenstrainings) in weiterführenden Stufen anordnen können. Auch hätte sich das Land NRW zusammen mit der LAG Jungenarbeit (die institutionellen Rassismus in Folge von Silvester zurückweist) über mögliche Maßnahmen beraten können.
Eine Kritik am Einsatz der Polizei wurde sowohl von Politik als auch von den meisten Medien deutlich zurückgewiesen. Besonders augenscheinlich wurde das am Umgang mit der Grünen-Vorsitzenden Simone Peter - eine der wenigen Spitzenpolitiker_innen, die die Verhältnis- und Rechtmäßigkeit des Einsatzes in Frage stellte. Peters Kritik löste einen regelrechten Aufruhr aus, sie wurde als verblendet, weltfremd, irrational bezeichnet und auch von Parteikolleg_innen (u.a. Katrin Göring-Eckardt) massiv kritisiert, bis sie schließlich ihre Äußerung relativierte und einknickte. Das Sagbarkeitsfeld um grundrechtliche Fragen schrumpfte innerhalb weniger Tage in sich zusammen, in dem die Kritik an den Grundrechtsverletzungen an Silvester 2016 am Kölner Einsatz nahezu unsagbar wurden. Und auch als die Polizei Wochen später bekannt geben musste, dass die allerwenigsten der kontrollierten Personen eine nordafrikanische Herkunft hatten, rief dies kaum Empörung in der Öffentlichkeit hervor.
An diese gesellschaftspolitische Entwicklung knüpft die Entscheidung des deutschen Presserats im März 2017 an, den Pressecodex bzgl. der Berichterstattung über Straftaten zu verändern: „In der Berichterstattung über Straftaten ist darauf zu achten, dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt. Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte" (Deutscher Presserat, Online-Auftritt).[5]

Diese Neufassung könnte eine diskriminierende Berichterstattung (weiter) befördern und rassistisch aufgeladenen Debatten in die Hände spielen. Gerade die Silvester Ereignisse haben deutlich gemacht, dass das öffentlich (-mediale) Interesse an der Herkunft der (vermeintlichen) Täter mit rassistischen, diskriminierenden Zuschreibungen verbunden war, die der Entlastung der Mehrheitsgesellschaft dienten und eine notwendige Debatte um Sexismus (in der Mehrheitsgesellschaft) blockierten.

Die Silvester-Ereignisse und eine mediale Verschränkung des Flucht- und Terrorismusdiskurses in Folge des terroristischen Anschlags in Berlin haben sich zudem auf den Wahlkampf in NRW 2017 ausgewirkt. Medien und Politik spülten das Thema „innere Sicherheit" regelrecht hoch, machten es zu einem zentralen Thema (z.B. im Kandidatencheck des WDR) und thematisierten (angebliche) Gefahren im öffentlichen Raum. So wird die Wahlsiegerin CDU bei der von ihr geforderten Schleier-Fahndung, die eine verdachtsunabhängige Kontrolle ermöglicht und so ein Einfallstor für eine rechtlich legitimierte diskriminierende Polizeipraxis darstellt, vermutlich mit wenig Widerstand zu rechnen haben.

Eineinhalb Jahre nach Silvester 2015 wird es zunehmend schwieriger, autoritäre und rassistische Politiken im Namen der Frauenrechte abzuwenden. Umso notwendiger ist es, sie weiter zu entlarven, zurückzuweisen und als das zu bezeichnen was sie sind: Eine Instrumentalisierung von Frauenrechten, bei der Frauen als Subjekte keine wirkliche Rolle spielen!

Isolde Aigner ist Mitarbeiterin des DISS.

5 Die ursprüngliche Richtlinie des Pressekodex besagte, dass in der Berichterstattung über Straftaten die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter_innen zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt werden sollten, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Hintergrund der Richtlinie ist die Vermeidung von Diskriminierungen innerhalb der Berichterstattung. Schon in der Debatte um Silvester 2015 wurde vermehrt gefordert, die Herkunft der Täter_innen innerhalb von Berichterstattungen grundsätzlich zu nennen. Der Deutsche Presserat diskutierte deshalb im Frühjahr 2016 in einer nicht-öffentlichen Sitzung eine Veränderung seiner Richtlinie, entschied sich damals aber mit einer breiter Mehrheit dagegen.

„‚Nafris' – wo ist das Problem?"

Oder: Der aktuelle Umgang mit ‚Racial Profiling' als Indiz für eine Rechtsverschiebung des öffentlichen Diskurses

Von Thomas Kunz

Unter ‚Racial Profiling' ist laut einer Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIM) aus dem Jahr 2013 die Praxis zu verstehen, „das physische Erscheinungsbild, sogenannte ethnische Merkmale oder die ‚Rasse' einer Person als Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen, Ermittlungen und Überwachungen heranzuziehen." (Cremer 2013, 6). Sowohl die Praxis des ‚Racial Profiling' als auch die Kritik daran sind in der Bundesrepublik kein neues Thema. Bereits in der Vergangenheit wurden von Polizei und Strafverfolgungsbehörden angewandte rassistische Kontrollpraktiken pointiert kritisiert.

Auch die Rechtsprechung hierzu wurde in der Vergangenheit in den Medien aufgegriffen (vgl. ebd.). Hierbei zeichnete sich bislang eine durchaus ablehnende Grundhaltung gegenüber dieser Praxis ab.[1]

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung im Nachgang zur sogenannten Kölner Silvesternacht 2015 und die darauffolgende Silvesternacht 2016 rückten das Thema nun noch vernehmlicher in den öffentlichen Fokus. Dies geschah jedoch auf eine Weise, die angesichts der in der Vergangenheit artikulierten Kritiken an dieser institutionell-rassistischen Praxis überraschte. Die zunächst skeptischen bis kritischen Einschätzungen, die zu Bedenken gaben, dass pauschalisierende Aussagen über „Nordafrikaner" und eine rassistische Kontrollpraxis der Polizei und anderer Behörden, die mit solchen Gruppenkonstruktionen operieren, höchst problematisch seien, wurden nicht nur vehementer als bislang relativiert, sondern diese Praxis wurde als solche sogar explizit gefordert: „Ja zu ‚Racial Profiling' – es kann Leben retten" (Welt N24 2017, o.S.). So entsteht der Eindruck, dass stereotype Begriffe zunehmend als unproblematisch wahrgenommen werden: „‚Nafris' – wo ist das Problem?" (Ebd.)

Auch wenn es sich bei solchen Zitaten um zuspitzende Äußerungen aus zudem tendenziell rechtskonservativen Medien handelt, ist es angesichts dieser Entwicklung angeraten, statt der unbestritten weiterhin wichtigen juristischen Dimension von ‚Racial Profiling' stärker deren Bedeutung innerhalb der migrationspolitischen Debatte in den Blick zu nehmen und danach zu fragen, welche symbolischen Implikationen mit dieser Praxis verbunden sind beziehungsweise verbunden sein können. Schließlich ist die Willkür, mit der unveränderliche Körpermerkmale herangezogen werden, ganz wesentlich als Prozess der Zuweisung symbolischer Zugehörigkeits- bzw. Nichtzugehörigkeitspositionen zu interpretieren. Insofern intervenieren Versuche einer Relativierung von ‚Racial Profiling' in einen Diskurs um die Bestimmung von Zugehörigkeit, indem sie diesen mittels pauschaler Kontextualisierung mit Kriminalitätsbedrohung ethnisieren und auch den formalen Aufenthaltsstatus von damit in Verbindung gebrachten Personen in Zweifel ziehen. So betrachtet ist das gesellschaftliche Auseinandersetzungsfeld um ‚Racial Profiling' ein zentrales strategisches Terrain zur Verankerung ausgrenzender Diskurspositionen und kann der Verschiebung und Ausweitung entsprechender Sagbarkeitsräume dienen.

Es zeigt sich bereits, dass die Neue Rechte hier interveniert und den Begriff ‚Racial Profiling' offensiv als politische Forderung lanciert. im Nachgang zum Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt Ende 2016 und der Debatte um die Silvesternacht in Köln 2016 veröffentlichte beispielsweise die AfD in Berlin ein sogenanntes Sicherheitskonzept. Darin verlangte sie zur Bekämpfung von „Kriminalität und Terror [...] die Überwachung und gezielte Beobachtung bestimmter Ausländer- und Einwanderergruppen" (Der Tagesspiegel 2017, o.S.). Bemerkenswert war hier auch die ausdrückliche Forderung nach „ethnischem Profiling" (ebd.). Gleichfalls interessant an dieser Aussage ist auch eine Querverbindung, die zum Thema der Polizeilichen Kriminalstatistik gezogen wird: „Grundlage dafür solle

„Schließlich ist die Willkür, mit der unveränderliche Körpermerkmale herangezogen werden, ganz wesentlich als Prozess der Zuweisung symbolischer Zugehörigkeits- bzw. Nichtzugehörigkeitspositionen zu interpretieren."

1 Die Studie des DIM betont allerdings, dass ‚Racial Profiling' bzw. ‚Ethnic Profiling' in der Bundesrepublik weder seitens Politik noch seitens einer breiten Öffentlichkeit thematisiert würden (vgl. ebd.). Dies ist insofern richtig, als dass das Thema bis dato keine ausgedehnte Medienrezeption gefunden hat. Auch in einer kritischen Kommentierung zur Praxis des ‚Racial Profiling' in der Zeitschrift Cilip. Bürgerrechte & Polizei wird festgehalten, dass die politische Diskussion erst am Anfang stehe (vgl. Busch 2013, S. 3).

eine Ausdifferenzierung der Kriminalitätsstatistik sein, die bundesweit vereinheitlicht werden und stets auch bei deutschen Staatsbürgern den Migrationshintergrund erfassen müsse. Zudem sprach er [AfD-Fraktionschef Georg Pazderski, TK] sich gegen ‚Political Correctness' in der Statistik aus." (Der Tagesspiegel 2017, o.S.) Jenseits des Befundes, dass hier einmal mehr die rechte Strategie deutlich wird, Rassismuskritik durch den Hinweis auf eine sogenannte Political Correctness zu delegitimieren, wird die Diskussion um ‚Racial Profiling' mit der Ausgestaltung der Kriminalstatistik verknüpft, die bislang in der öffentlichen Debatte keine große Rolle spielte.

Keine Kritik an ‚Racial Profiling' ohne Kritik an ethnisierenden Kategorien in der Polizeilichen Kriminalstatistik

Bei der Analyse und Kritik des ‚Racial Profiling' sollte deshalb eine grundsätzliche Kritik an ethnisierenden Kategorien im Sicherheitsdiskurs mit einbezogen werden. Letztere sind strukturell und relativ breit in der institutionellen Beobachtung und Bearbeitung von Phänomen, die als Kriminalität gerahmt werden, etabliert. Insofern besteht eine unmittelbare inhaltliche Verbindung zwischen ‚Racial Profiling' und beispielsweise der scheinbar selbstverständlichen Heranziehung ethnisierender Kategorien in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Hieran wird allerdings noch weniger Kritik geübt als an den spektakulären Fällen des ‚Racial Profilings'. Doch auch hinter dieser weniger dramatisch erscheinenden Praxis steht die ethnisierende Logik, die auch das ‚Racial Profiling' unterfüttert. Zugegeben, die statistische Erfassung schlägt sich nicht notwendig unmittelbar in alltäglichen Kontrollpraxen nieder und generiert auch keine zur medialen Verwertung geeigneten Einzelfälle. Das eine gehört jedoch wie das andere zum herrschenden Sicherheitsdispositiv. Dies legt auch die nachfolgende Einschätzung nahe: „Racial Profiling findet [...] nicht nur bei Identitätskontrollen statt. Immer wieder wurde und wird bestimmten ethnischen Minderheiten oder ImmigrantInnengruppen eine besondere Gefährlichkeit zugeschrieben. Die polizeiliche ‚Bekämpfung des Landfahrerunwesens' – sprich: der Sinti und Roma – auch in der Bundesrepublik ist mittlerweile auch innerhalb der Polizei als dunkler Fleck in der eigenen Geschichte anerkannt. Noch bis 1982 führte man im Informationssystem INPOL ein Suchmerkmal ‚Zigeunername – ZN'. Und es brauchte weitere zwei Jahrzehnte, bis die versteckte Sondererfassung unter der Rubrik ‚Häufig wechselnder Aufenthaltsort – HWAO' verschwand." (Busch 2013, S. 6)

Die geschichtlichen Vorläufer und historischen Kontinuitäten ethnisierender Kategorien reichen indes viel weiter zurück und sind tief eingeschrieben in die Logik der Wahrnehmungsraster von Polizei und Strafverfolgungsbehörden. In den statistischen Beschreibungen sogenannter Kriminalität in der Bundesrepublik war das Konstrukt der „nichtdeutschen Tatverdächtigen" von Beginn an fest verankert. Was heute „Nafris" sind, waren damals „Landfahrende", „reisendes Verbrechertum" „Amerikaner" und „Polen" (vgl. BKA 1954, 80ff.). Wanderung bzw. Wanderungsmotive sowie ethnisierende Merkmale, die damit identifiziert werden, galten den Strafverfolgungsbehörden also schon in der ersten bundesdeutschen Gesamtkriminalstatistik als besonders suspekt und wurden also berücksichtigt.

Und da es auch sicherheitspolitisch keine Stunde Null gegeben hat, wäre ein Blick in die der bundesdeutschen PKS historisch vorhergehende sogenannte Reichskriminalstatistik ebenfalls aufschlussreich und kann Kontinuitäten nachspüren. Aussagen in der PKS des Jahres 1953 deuten zumindest darauf hin, wie es um die Wahrnehmung kriminalpolizeilicher Aktivitäten im Nationalsozialismus durch den bundesdeutschen Polizeiapparat der frühen 1950er Jahre bestellt war: „Auf 100.000 Personen der Wohnbevölkerung umgerechnet ergibt sich [...] für die Bundesrepublik 1953 eine Kriminalitätsbelastungsziffer von 1.171 Tätern gegenüber 679 Tätern im Deutschen Reich 1938. Damit liegt die Kriminalitätsbelastung heute um 72,5 % über der von 1938." (BKA 1954, o.S.) Hieraus wurde geschlossen, „dass die Kriminalität 1953 in der Bundesrepublik beträchtlich größer ist als im letzten Jahre vor Beginn des zweiten Weltkrieges im Deutschen Reich", woran sich schließlich zeige, dass „im Vergleich zum Jahre 1938 […] die kriminalpolizeiliche Verbrechensbekämpfung noch nicht wieder den früheren Stand erreicht" habe. (Ebd.) Hier wurde das Jahr 1938 gewissermaßen als Benchmark für den Stand kriminalpolizeilicher Verbrechensbekämpfung im Jahr 1953 herangezogen. Der sich hier manifestierende unkritische Rückbezug auf statistische Werte ist zu deuten als Ausdruck und Beleg eines Verständnisses von gesellschaftlicher wie polizeilicher Vergangenheitsbewältigung, welches „sich von Feindbildern und Kontrollvorstellungen der NS-Kriminalpolitik nur teilweise distanzierte." (Roth 2011, S. 53)

Das Aufzeigen und die Thematisierung dieser historischen Bezüge soll und kann nicht die Arbeit von Polizeibehörden im faschistischen Deutschland und in der Bundesrepublik gleichsetzen. Allerdings zeigt es, wie weit ethnisierende Argumentationsfiguren historisch zurückreichen und in die Routinen eben auch der Strafverfolgungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland eingeschrieben sind. Das Beispiel der PKS für das Jahr 1953 belegt, wie sehr polizeiliche Feindbildkonstruktionen in der jungen Bundesrepublik bereits das Wanderungsmotiv aufgriffen und die Unterscheidung zwischen „deutsch" und „nichtdeutsch" fortschrieben. Dieses Hinüberwirken lässt sich – neben personellen Kontinuitäten im Polizeiapparat – auch durch Feindbildkontinuitäten erklären: „Dies lag nicht zuletzt daran, dass die von der Kriminalpolizei verfolgten Gruppen auch nach 1945 stigmatisiert waren. Kaum jemand interessierte sich nach dem Krieg für das Schicksal der ermordeten Sinti und Roma oder der als ‚Berufsverbrecher' oder ‚Asoziale' verfolgten Menschen. Im Gegenteil: Sinti und Roma wurden weiterhin polizeilich erfasst, die alten Karteikarten weiter genutzt. So baute bereits 1946 die Vorgängerbehörde des späteren bayerischen Landeskriminalamtes eine Sonderdienststelle zur Bekämpfung der ‚Zigeuner' und ‚Landfahrer' auf, die erst 1965 aufgelöst wurde." (Hölzl 2011, S. 93)

Die Einschränkung der Freiheit der Sie-Gruppe als Gewähr der Sicherheit der Wir-Gruppe

Die Diskussionen um ‚Racial-Profiling' lassen sich aber auch als Hinweise auf Verschiebungen im Sicherheitsdiskurs entlang der wir/sie-Differenz lesen. Herangezogen wird hierzu die Drohkulisse eines staatlichen Kontrollverlustes, der mit dem Migrationsthema bzw. ethnisierenden Hinweisen gekoppelt wird: „Die Gewalt- und Straftäter in Köln sollen überwiegend nordafrikanischer und arabischer Herkunft sein. [...] Gerade im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom muss geklärt sein, wie der Staat mit seinen Grundrechten darauf reagieren will. Der zunehmende gefährliche Kontrollverlust ist nicht weiter hinnehmbar." (Westfälische Nachrichten 2017, o.S.; Hervorh. TK) „Die Kölner Ereignisse hatte [sic!] eine neue Debatte über die Flüchtlingspolitik in Deutschland und einen Kontrollverlust des Staates ausgelöst." (Reuters 2017, o.S.; Hervorh. TK) Und auch das Nachrichtenmagazin Der Spiegel schlug im Nachgang zur sogenannten Kölner Silvesternacht von 2015 in diese Kerbe. Der Begriff „Kontrollverlust" wurde zwar nicht explizit verwendet, doch wenn auf dem Titel unter dem Schlagwort „Staatsohnmacht" gefragt wird: „Rechtsfreie Räume, hilflose Polizei – können wir uns noch sicher fühlen?" legt das abgebildete fahruntaugliche Polizeifahrzeug die Antwort darauf nahe. (Vgl. Spiegel 2016.) Rechtsfreie Räume können hier als Synonym für einen Kontrollverlust (der Polizei = Staat) gedeutet werden.

Das altbekannte Mantra konservativer SicherheitspolitikerInnen, nachdem keine Freiheit ohne Sicherheit möglich sei, welches in der Vergangenheit immer wieder als Alibi für überwachungsstaatliche Intensivierungen von Sicherheitspolitik diente, erfährt dadurch eine ethnisch-völkische Zuspitzung: Da die „anderen" pauschal als Projektionsfläche von Bedrohung „unserer" Sicherheit fungieren, wird die im Sicherheitsdiskurs in der Vergangenheit skandalisierte Einschränkung von Freiheitsrechten nunmehr als eine Einschränkung von Freiheitsrechten der „anderen" vermittelt, die „uns" angeblich nicht beträfe. Mehr noch: die Einschränkung der Freiheit der „anderen" wird als Gewährleistung „unserer" Sicherheit rationalisiert. Folglich scheinen Einschränkungen nicht nur akzeptabel, sondern geboten und werden offensiv gefordert. Hier verschränkt sich der Sicherheitsdiskurs mit dem Integrationsdiskurs, der maßgeblich von der Fiktion einer ethnisch-homogenen Mehrheits- bzw. Aufnahmegesellschaft geprägt ist, welche einseitig Anpassungserwartungen an sogenannte MigrantInnen adressiert. Die Gewähr jener Freiheit wird als Gegenleistung disponibel gehalten. Solange die erwünschte Anpassung (an Leitkultur etc.) nicht erfolgt, werden Freiheitsrechte der „anderen" zur Diskussion gestellt.

Man muss somit eingestehen, dass es eine signifikante Rechtsverschiebung des Diskurses in Richtung einer von einer breiteren Öffentlichkeit akzeptierten Nennung und Berücksichtigung von ethnischen Merkmalen gibt. Es ist des Weiteren zu konstatieren, dass es hier zu einer höchst problematischen Veränderung des gesellschaftlichen Sagbarkeitsraums gekommen ist. Die abschließende Frage ist, wie dem begegnet werden kann? Zentrales Anliegen muss es sein zu vermitteln, dass die beobachtbare symbolische Unterscheidung zwischen „unserer" Sicherheit einerseits und der Freiheit der „anderen" andererseits grundsätzlich auf die wir/sie-Differenz zurückgreift. Diese gelte es folglich in Frage zu stellen. Dreh- und Angelpunkt für solch eine Intervention wäre die offensive Geltendmachung eines neuen, anderen universellen Zugehörigkeitsverständnisses, welches die ethnisch-völkischen Schubladen überwindet. Bis dahin bleibt nur, im Handgemenge der argumentativen Auseinandersetzung die etablierte Grenzziehung zwischen Sie- und Wir-Gruppe zu unterlaufen – so schwer dies auch scheinen mag.

Prof. Dr. Thomas Kunz lehrt an der Frankfurt University of Applied Sciences.

Literatur

BKA – Bundeskriminalamt (Hg.) (1954): Polizeiliche Kriminalstatistik der Bundesrepublik Deutschland 1953. Wiesbaden.

Busch, Heiner (2013): „Institutionalisierter Rassismus: Racial Profiling nicht nur bei Kontrollen" in: Cilip 104, S. 3-11 (https://www.cilip.de/2013/12/05/institutionalisierter-rassismus-racial-profiling-nicht-nur-bei-kontrollen/; Download: 20. Februar 2017).

Cremer, Hendrik (2013): „Racial Profiling" – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei, hrsg. vom Deutschen Institut für Menschenrechte. Berlin.

Der Spiegel, Nr. 3/2016, „Staatsohnmacht. Rechtsfreie Räume, hilflose Polizei – können wir uns noch sicher fühlen?"

Der Tagesspiegel (2017): „Pazderski befürwortet ‚ethnisches Profiling'" (http://www.tagesspiegel.de/berlin/sicherheitskonzept-der-berliner-afd-pazderski-befuerwortet-ethnisches-profiling/19214210.html; Download: 2. Februar 2017).

Hölzl, Martin (2011): „Legenden mit Langzeitwirkung. Die deutsche Polizei und ihre NS-Vergangenheit" in: Deutsche Hochschule der Polizei; Dierl, Florian; Hausleitner, Mariana; Hölzl, Martin; Mix, Andreas (Hg.): Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat. Dresden, S. 90-101.

Reuters (2017) „Polizei verhindert erneute Silvester-Übergriffe in Köln" (http://de.reuters.com/article/deutschland-k-ln-polizei-idDEKBN14L175; Download: 12. Januar 2017).

Roth, Thomas (2011): „Die Kriminalpolizei" in: Deutsche Hochschule der Polizei; Dierl, Florian; Hausleitner, Mariana; Hölzl, Martin; Mix, Andreas (Hg.): Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat. Dresden, S.42-53.

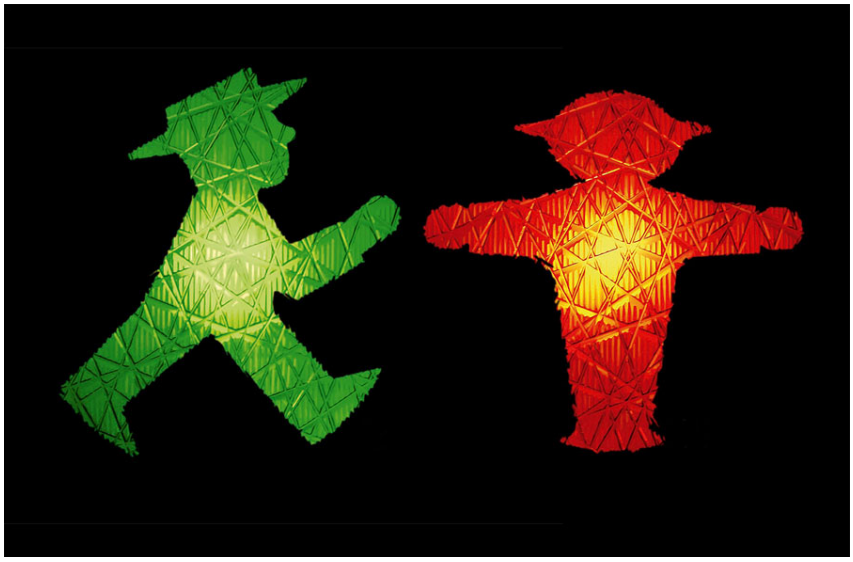
Welt N24 (2017): „Ja zu ‚Racial Profiling' – es kann Leben retten" (https://www.welt.de/debatte/kommentare/article160799587/Ja-zu-Racial-Profiling-es-kann-Leben-retten.html; Download: 7. März 2017).

Westfälische Nachrichten (2017): „Gefährlicher Kontrollverlust" (http://www.wn.de/Kommentar/2016/01/2225205-Uebergriffe-in-Koeln-Gefaehrlicher-Kontrollverlust; Download: 7. März 2017).

Der „kleine Mann“ und sein großer Auftritt – mal wieder

Von Wolfgang Kastrup

Es sind Wahlkampfzeiten und die Politik entdeckt mal wieder den „kleinen Mann“ bzw. die „kleinen Leute“, um korrekt geschlechtsneutral und im Plural zu reden. So Martin Schulz, SPD Kanzlerkandidat und neuer Hoffnungsträger für die sozialdemokratische Seele. Er fordert Respekt für die „kleinen Leute“, die er bei den Busfahrern, Krankenschwestern, Kellnern und Polizisten zu finden glaubt. Wenn man mit Milliarden Banken gerettet habe, müsse man nun mit Milliarden Familien entlasten. (vgl. WAZ v. 02.03.17) Anscheinend, so muss man schlussfolgern, hat es bisher an diesem Respekt gefehlt. Und das, obwohl die Parteigenossen doch seit etlichen Jahren in der Regierung mit Verantwortung tragen.



„Der kleine Mann ist – und bleibt – eine der wirkungsmächtigen Sozialfiguren, die das 20. Jahrhundert hervorgebracht hat. Foto: AMPELMANN GmbH/Wikimedia Commons (CC BY-SA 4.0)

Aber augenscheinlich galt der politische und ökonomische Respekt, so muss man weiter folgern, bisher nur der Rettung der Banken. Schulz lässt sich feiern und kokettiert damit, dass er, „Sohn einfacher Leute“, zu seiner Herkunft stehe und deshalb wisse, wie „einfache Leute“ denken und welche Sorgen und Probleme der Alltag mit sich bringe. Den Bezug auf den „kleinen Mann“ oder die „kleinen Leute“ benutzt nicht nur die SPD, sondern auch die anderen Parteien greifen darauf zurück. „Der kleine Mann ist – und bleibt – eine der wirkungsmächtigen Sozialfiguren, die das 20. Jahrhundert hervorgebracht hat. Ein Vorführmodell und ein Phantom. Eine Phrase, die immer dann Konjunktur hat, wenn es im gesellschaftlichen Gebälk knirscht. Die Rentendebatte, die Diskussionen um TTIP, die sogenannte Flüchtlingskrise: Eifrig wie lange nicht mehr konkurrieren derzeit die selbsternannten Anwälte des kleinen Mannes wieder mal um dessen Mandat.“ (Markwardt, Nils: Kleiner Mann, warum? In: der Freitag v. 19.05.2016)

Wenn so häufig über ihn gesprochen wird, stellt sich die Frage: Wer ist das überhaupt, der „kleine Mann“ und wofür steht er? Klar ist, dass seine Wirkungsmacht gesellschaftlich äußerst begrenzt ist, d.h., er ist wenig einflussreich und braucht deshalb auch starke Fürsprecher*innen. Dies impliziert, dass er finanziell nicht auf Rosen gebettet ist, ein Durchschnittsverdiener eben, vielfach auch als ‚schweigende Mehrheit‘ bezeichnet. Für das Einfordern seiner Interessen gegen ‚die da oben‘, gegen die politische und ökonomische Elite, geht er selten auf die Straße. Und sowieso weiß er, dass bei Fehlverhalten ‚die Großen‘ laufen gelassen werden, während der ‚kleine Mann‘ gehängt werde. Er hat die ‚Zeche zu zahlen‘, denn ‚mit ihm kann man es ja machen‘. Auch in der Literaturgeschichte ist das Kollektivsubjekt „kleiner Mann“ vielfach Thema gewesen, so z.B. in Hans Falladas Roman *Kleiner Mann – was nun?* Nils Markwardt (vgl. oben) verortet ihn soziologisch als Sammelbegriff „irgendwo zwischen oberer unterer Mittelschicht und unterer oberer Unterschicht“.

Schichtmodelle ignorieren aber oftmals die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Ausdruck sachlicher Verwertungslogik. In dem Begriff „kleiner Mann“ drückt sich ein Klassenverhältnis aus, das auf ein Herrschaftsverhältnis verweist. Auch wenn die heutige gesellschaftliche Sozialstruktur feiner differenziert ist, als Klassenstruktur wird sie weiterhin über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmt. Die Lebenschancen des „kleinen Mannes“, der „kleinen Leute“ sind so klassenstrukturell bedingt, trotz neuerer Differenzierungsformen in Form von Geschlecht, Milieu, Lebensweisen und transnationalen Veränderungen. Die kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse, die für die gesellschaftliche Verteilung des Reichtums bestimmend sind, entscheiden über die klassenspezifischen Lebenschancen. Und noch immer bestimmt der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx) über die Nachfrage nach Arbeit und damit den Arbeitslohn. Die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft sind entscheidend für deren Wert. Das schließt auch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ein, wo trotz gewerkschaftlicher, oft aber nur halbherziger Gegenwehr, ein Ausspielen

Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)
Der Kampf um Räume
Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion
Edition DISS Band 34 , 224 S, 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Der zweite Schwerpunkt, ›Europa als hegemoniales Raumkonzept‹, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt.

Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrup (Hg.)
Kapitalismus und / oder Demokratie?
Beiträge zur Kritik „marktkonformer“ Demokratieverhältnisse
Edition DISS Band 36, Münster: Unrast
140 S., 18 Euro.
Der Band widmet zum einen dem Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus. und thematisiert dabei auch die Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft.

zwischen Stammbelegschaften, prekär Beschäftigten und scheinselbstständigen Arbeitskräften stattfindet.

Die Ansichten, das Bewusstsein des „kleinen Mannes“, der „kleinen Leute“ sind weder per se emanzipatorisch oder gar revolutionär. Geprägt sind sie eher als Forderungen an den Staat, für Gerechtigkeit und einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Die Grundlagen kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse werden quasi als naturwüchsig akzeptiert. Der Staat, angeblich eine neutrale Instanz, wird für die Kritik in Anspruch genommen, nicht das zu bekommen, was einem im Namen der Gerechtigkeit zusteht. Dies kann sich auf die Höhe der Löhne und der Renten beziehen, aber auch auf Probleme der Sicherheit, der Kriminalitätsbekämpfung, der Höhe der Mieten oder der zu hohen Managergehälter. Gerechtigkeit wird dabei als eine übergeordnete Norm anerkannt, die es einzuhalten gelte, die aber je nach dem eigenen Interesse interpretiert wird. Die Klagen an die Adresse des Staates werden von diesem allerdings nicht als ungerechtfertigter Angriff gewertet oder als unzulässige Kritik an der staatlichen Regierungsweise, sondern Gerechtigkeit als Norm wird anerkannt und selbst als Ausdruck des Handelns in Anspruch genommen. Staatliche Herrschaft soll gerecht sein. Und so wird, gerade zu Wahlkampfzeiten, Gerechtigkeit zu einem Dauerbrenner und zu einem Konkurrenzmittel zwischen den Parteien. Gerecht soll es zugehen auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die selbst nicht in Frage gestellt wird. Deshalb gehört Gerechtigkeit konstitutiv zu einer gesellschaftlichen Ideologie, die immer wieder den „Naturgesetzen der Produktion“ (Marx) angepasst werden muss.

Die Sozialfigur des „kleinen Mannes“ ist jedoch ambivalent. Die Abgrenzung von ‚denen da oben‘, von der Elite, von den Mächtigen einerseits korrespondiert auch mit einem völkischen Denken andererseits, mit einem Nationalismus, der ohne einen Rassismus nicht zu haben ist. Es ist das berüchtigte Treten nach unten, gegen die, die angeblich sozial noch ‚tiefer stehen‘, gegen unerwünschte Zuwander*innen, gegen Muslime, gegen sogenannte Sozialschmarotzer*innen. Unterstellt wird eine politische und kulturelle Homogenität des Volkes und als solches habe man das Recht, die Regierenden an ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volk zu erinnern. Es geht also nicht um die Ursachen der materiellen Lebensbedingungen im Konkurrenzkapitalismus, sondern es geht um die Sortierung in Deutsche und unerwünschte Ausländer*innen. Wenn die Ausgrenzung und Abschottung nicht konsequent genug umgesetzt wird, steigert sich die Kritik zu Wut und Hass und brennenden Flüchtlingsheimen.

Abschließend dazu einige Bemerkungen des Psychoanalytikers Wilhelm Reich (1897-1957), in den 1960er und 1970er Jahren der Studentenbewegung heftig und kontrovers diskutiert, der 1946 bezüglich des „kleinen Mannes“ Folgendes verfasste: „Du stattest Mächtige mit mehr Macht oder Ohnmächtige mit bösem Willen aus, um dich zu vertreten. Zu spät entdeckst du, daß du immer wieder der Betrogene bist.“ […] Du bist ein ‚kleiner, gemeiner Mann‘. Versteh den Doppelsinn dieser Worte: ‚klein‘ und ‚gemein‘….“ […] Deine Befreier sagen dir, daß deine Unterdrücker Wilhelm, Nikolaus, Papst Gregor der 28., Morgan, Krupp, Ford heißen. Deine ‚Befreier‘ heißen Mussolini, Napoleon, Hitler, Stalin. Ich sage dir: Dein Befreier kannst nur du sein!“ (Reich, Wilhelm 2013: Rede an den kleinen Mann, zuerst 1948, Frankfurt/ M., 14/17).

Wolfgang Kastrup ist Mitarbeiter des DISS.

„Die Sozialfigur des ‚kleinen Mannes‘ ist ambivalent. Die Abgrenzung von ‚denen da oben‘ einerseits korrespondiert auch mit einem völkischen Denken andererseits, mit einem Nationalismus, der ohne Rassismus nicht zu haben ist.“

Volk, völkisch, völkische Bewegung

Von Helmut Kellershohn

Seit etwa 30 Jahren erfährt der Begriff Volk, der seit dem 18. Jahrhundert zu den Grundbegriffen der historisch-politischen Sprache gehört, eine erneute Aufwertung im Zusammenhang der Entstehung rechtspopulistischer und völkischer Bewegungen. Von Bedeutung sind in diesem Kontext zudem Substantivkomposita und -derivationen wie Volksgemeinschaft oder Volkstum sowie Adjektiv- und Verbverbindungen wie völkisch oder umvolken sowie semantisch eng anschließende Begriffe wie Nation oder Rasse. Der folgende Artikel gibt einen knappen Überblick über die Entwicklung des völkischen Verständnisses von Volk, die immer auch im Zusammenhang mit den Konjunkturen völkischer Bewegungen gesehen werden muss.

1919

Das zersetzende Gift undeutschen Geistes

das von dem uns wesens- und artfremden Judentum in unseren Volkskörper hineingetragen wurde, muß daraus beseitigt werden. Nur wenn das gelingt, dann ist die Zukunft des deutschen Volkes gesichert.

Der Befreiungskampf um die Erhaltung unserer deutschen Eigenart muß geführt werden.

Männer und Frauen deutschen Blutes und deutschen Geistes schließt Euch zusammen im

Deutschen Schutz- und Trutz-Bund

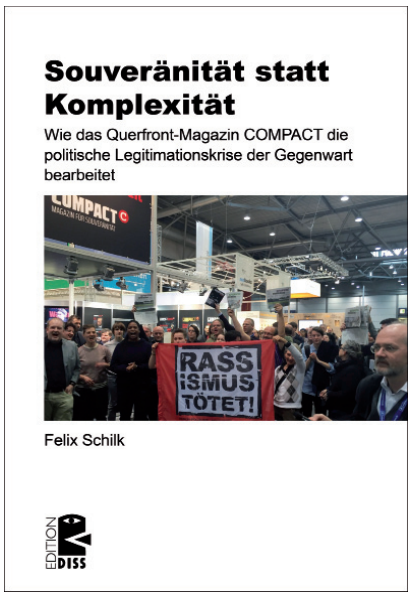
Zuschriften erbeten nach Duisburg-Ruhrort, Postfach 107.

Völkisch-antisemitisches Flugblatt aus Duisburg, 1919. Quelle: Stadtarchiv Duisburg.

1.

Jörn Retterath hat idealtypisch drei Hauptvarianten des Volksbegriffs herausgearbeitet (Retterath 2014, 98): Erstens das Volk als plebs oder – abwertender – Pöbel, womit „die Angehörigen der ‚unteren Schichten', das – in der feudalen Ständegesellschaft im Gegensatz zu den Herrschenden stehende – ‚einfache Volk'" gemeint seien; zweitens Volk als demos, worunter „die Vorstellung einer ‚Gemeinschaft' aller Bewohner des Staates, basierend auf gleichen politischen und rechtlichen Teilhabemöglichkeiten subsumiert" werde; und drittens Volk als ethnos, womit „das Konzept einer auf gemeinsamen Merkmalen wie gleiche Abstammung, Sprache und Kultur beruhenden ‚Gemeinschaft' bezeichnet" werde.

Die Vorstellung des Volkes als einer Abstammungs- und generationsübergreifenden „Zeugungsgemeinschaft" ist konstitutiv für völkisches Denken. Durch die genealogische Rückbindung an einen freilich nur mythisch zu fassenden Ursprung (im Kontext etwa der Germanenideologie) sowie die Unterstellung einer sich, trotz aller ‚Überfremdungs'-Vorgänge, durchhaltenden ethnisch-kulturellen bzw. ‚rassischen' Homogenität wird das Volk zu einem überzeitlichen Kollektiv-Subjekt hypostasiert, dem die Individuen (die ‚Deutschen', die ‚Italiener' etc.) untergeordnet sind. Sie werden im Wesentlichen nur als Teil dieses quasi-sakralen Volkes wahrgenommen. Das Attribut völkisch drückt, so Günter Hartung, eine „verabsolutierende Beziehung zum eigenen Volk aus, in der dieses die Stelle eines obersten Wertes" (Hartung 1987, 1175f.) einnimmt. In diesem Sinne „wurde das Adjektiv zuerst innerhalb der deutschnationalen Bewegung in der Habsburgermonarchie verwendet und seit den 1880er Jahren von deren reichsdeutschen Sympathisanten, aber auch von verschiedenen antisemitischen Gruppierungen übernommen." (Walkenhorst 2007, 98) Zur Selbstbezeichnung einer neuartigen Sammlungsbewegung diente es dann um 1900. Uwe Puschner definiert diese klassische Völkische Bewegung wie folgt: „Eine organisatorisch wie in ihren Anliegen vielgestaltige, von bisweilen skurrilen Elementen, mitunter auch von gegenläufigen Strömungen und rivalisierenden, gelegentlich sich befehdenden Gruppierungen gekennzeichnete Sammelbewegung mit verschiedenen, sich teils überlappenden – schwerpunktmäßig antisemitisch, alldeutsch/pangermanisch, lebensreformerisch, eugenisch, kulturell und bzw. oder religiös ausgerichteten – Teilbewegungen […]." (Puschner 2003, 446) Diese in sich disparate Formation gruppierte sich Puschner zufolge um die Ideen- und Diskursfelder Sprache-Rasse-Religion. Gemeint sind (Puschner 2001, 15ff.) 1. ein deutschtümelnder Sprachpurismus, der sich gegen die ‚Überfremdung' der deutschen Sprache richtete und die Muttersprache, anknüpfend an Herder und Fichte, als „kostbares Gefäß" der „deutschen Bildung" und Ausdruck des deutschen Wesens feierte sowie den Kampf um die „Reinheit der deutschen Sprache" als Voraussetzung für eine „Deutsche Wiedergeburt" betrachtete; 2. teils biologistisch, teils spiritualistisch argumentierende Rassenlehren, die gewissermaßen den „Generalschlüssel zum Verständnis" der völkischen Weltanschauung ausmachen, indem sie Rasse zum schick-



Felix Schilk
Souveränität statt Komplexität
Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet
Edition DISS Band 39
Unrast-Verlag, Münster 2017
192 Seiten, 19,80 €

Phänomene wie Pegida und die AfD verdeutlichen die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft und signalisieren einen Rechtsruck in Deutschland. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse hat zwar durch die Flüchtlingspolitik einen großen Schub erhalten, er war aber schon vorher vorhanden. Er ist nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten.

Jürgen Elsässers Querfront-Magazin COMPACT ist ein wichtiger Teil der jüngsten rechtspopulistischen Mobilisierungen in Deutschland. Gemeinsam mit anderen alternativem Medien liefert es Deutungsangebote, Schlagwörter und Symbole. Im Umfeld von AfD und Pegida wird das ‚Magazin für Souveränität' intensiv rezipiert und stellt eine wichtige publizistische Infrastruktur dar, die zuletzt durch Zusammenarbeit mit Akteuren der Neuen Rechten erweitert wurde.

salsbestimmenden Faktor der Einzelnen wie des Volkes bzw. der Völker erkoren und darauf aufbauend Rassenerneuerungsprogramme (Eugenik, Rassenhygiene) entwickelten sowie den traditionellen Antijudaismus auf eine neue ideologische Basis stellten („Jude bleibt Jude"); 3. religiöse Erneuerungs- und Erlösungslehren, die entweder einem „deutschen" Christentum das Wort redeten oder neuheidnische Ersatzformen (Deutschgläubige, Germanengläubige) kreierten, die im Kern davon ausgingen, „daß aus deutschem Blute das Heil der Welt komme, daß es wiedergeboren werde, wie die Sonne wiederkehrt nach dem Gange in die bange Winternacht" (Ernst Wachler).

Die rein quantitativ gesehen überschaubare Völkische Bewegung war im Wesentlichen eine mittelständische Bewegung, verstand sich als eine Art außerparlamentarische Opposition, organisierte sich in Vereinen, Bünden und Orden, operierte vorwiegend mit einem breiten Geflecht von Zeitschriften und Verlagen auf metapolitischer Ebene und verfolgte lebens- und kulturreformerische Konzepte einer ‚alternativen Moderne'. Gleichwohl hatte die Völkische Bewegung einen großen Sympathisantenkreis und wirkte, etwa über personelle Überschneidungen und Netzwerke, in die staatstragenden Parteien, vor allem aber in die damaligen Agitationsvereine wie den Alldeutschen Verband hinein und erlangte so eine erhebliche Breitenwirkung. Sie hatte damit einen gewichtigen Anteil an dem sich als ‚nationale Opposition' formierenden Radikalnationalismus im Vorfeld des Ersten Weltkrieges.

Nach der Niederlage des Deutschen Reiches und der Novemberrevolution 1918/19 erlebte die Völkische Bewegung im Kampf gegen die Republik einen auch in quantitativer Hinsicht erheblichen Aufschwung (vgl. Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund), war aber nicht in der Lage, sich als massenwirksame Bewegungspartei zu etablieren. Parteipolitische Formierungen wie etwa die Deutschvölkische Freiheitspartei bzw. Deutschvölkische Freiheitsbewegung wurden durch die NSDAP überspielt. In *Mein Kampf* hat sich Adolf Hitler abschätzig über die Völkische Bewegung bzw. deren führende Repräsentanten geäußert (vgl. z.B. Hitler 1941, 395ff.), obwohl oder gerade weil er für sich bzw. den NS das Deutungsmonopol über die „völkische Weltanschauung" in Anspruch nahm. Gegen die Heterogenität der Völkischen Bewegung und die Buntscheckigkeit der völkischen Vorstellungswelt setzte Hitler den Primat des Politischen und betonte die Notwendigkeit einer kanonischen Fixierung der völkischen Ideen, als deren Kern er die naturgesetzlich verankerte Verschiedenheit und unterschiedliche Wertigkeit der Rassen und die Ungleichheit der Personen bestimmte (vgl. ebd., 419-424). Nur ein fest umrissenes Parteiprogramm könne als Grundlage einer schlagkräftigen Parteiorganisation und „politische[n] Glaubens- und Kampfgemeinschaft" (ebd., 419) dienen, die dem Hauptfeind, dem jüdischen Marxismus, entgegenzutreten vermöge.

Aktuelle völkische Propaganda.

Die Völkische Bewegung wurde nach 1933 weitgehend durch den NS integriert oder fristete ein Nischendasein in vom NS geduldeten sozialen Räumen. Nach 1945 konnten sich völkische Gruppierungen wie etwa die Ludendorffer (Bund für Gotterkenntnis) oder die heidnisch-germanische Artgemeinschaft (vormals: Nordische Glaubensgemeinschaft) reorganisieren und eine zum Teil nicht unerhebliche Bedeutung für die verschiedenen Formierungsversuche der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland erlangen. Jürgen Rieger etwa leitete die Artgemeinschaft von 1989 bis 2009 und brachte es bis zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD. Grossmann und Puschner (2009, 11f.) urteilen: „Neonazismus und Rechtsextremismus schöpfen wie der Nationalsozialismus in der Zwischenkriegszeit opulent aus dem völkischen Weltanschauungsreservoir."

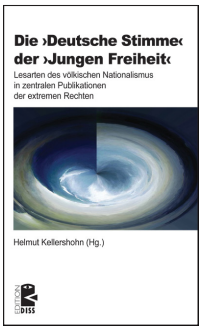
2.

Wenn man nach den Entwicklungschancen einer neuen völkischen Bewegung heute fragt, muss man allerdings unterscheiden zwischen der völkischen Ideologie im engeren Sinne als Ausdrucksideologie einer völkischen Bewegung und einer im weitesten Sinne völkisch-nationalistischen Weltanschauung als verbindendem Element der gesamten Rechten, mit einer Tiefenwirkung in die hegemonialen Diskurse der bürgerlichen Mitte hinein. Des Weiteren muss man sich vergewissern, dass die ideengeschichtlich gesehen enge Verbindung des Volks- mit dem Rassenbegriff keineswegs zwangsläufig ist. Julian Köck arbeitet in seiner Darstellung völkischer Geschichtsbilder heraus, dass die Rassenideologie zweifellos „der wichtigste Bestandteil des ‚kulturellen Codes' (Shulamit Volkov) der Völkischen" (Köck 2015 108) war (analog der Rolle des Antisemitismus für die deutsche Rechte insgesamt), betont aber, dass sie die „Gestalt einer Ergänzungs- und Vertiefungsideologie" (ebd., 111) angenommen habe. Der Bezug auf Rasse als „Erkennungssignal der Bewegung" (ebd., 110) sei u.a. vor dem Hintergrund der Bedeutungszunahme der Naturwissenschaften zu sehen. Rassentheorien seien aber in der Form aufgegriffen worden, dass sie das Postulat der ethnokulturellen Einheit des deutschen Volkes zusätzlich untermauern sollten.

Geht man von dieser These aus, so zeigt gerade die seit den 1970er Jahren verbreitete Theorie des Ethnopluralismus, dass es durchaus möglich ist, völkisches Denken auch ohne direkten Bezug auf die Rassenideologie zu rekonstruieren, zugleich aber wesentliche Elemente des Rassendiskurses fortzuschreiben (Rassismus ohne Rassen!). Treibende Kraft dieser ‚Modernisierung' waren in Frankreich die Nouvelle Droite um ihren Vordenker Alain de Benoist bzw. in Deutschland die so genannte Neue Rechte mit Henning Eichberg als ihrem konzeptiven Ideologen. Im Kern ging es darum, den völkischen Diskurs aus seiner ‚Kontamination' durch den NS zu befreien und den Volksbegriff mit einem differentialistischen Kulturbegriff zu koppeln. Zum „diskursiven Grundplan" (Angelika Magiros) gehörte einerseits die Betonung der ethnokulturellen Vielfalt, „der Gleichwertigkeit der Kulturen, der Toleranz und des Rechts auf Verschiedenheit". Kultur wurde damit essentialisiert zu einem Set von unverwechselbaren Merkmalen, verankert in quasi ontologischen Eigenschaften eines Volkes. Die Kehrseite dieser Setzung war dann andererseits „die Wende zurück zur Fremdenabwehr […] und die Forderung nach strikten ethnischen Grenzziehungen" (Magiros 2004, 167). Obwohl man sich also von einer Hierarchisierung von Völkern und Kulturen distanzierte, rekurrierte man dennoch auf mehr oder weniger ausgeprägte Reinheitsphantasien, wie sie auch der klassischen Völkischen Bewegung mit ihrer – damals nicht zuletzt antisemitisch gerichteten – Parole „Deutschland für die Deutschen" (Langbehn 1943, 274) zueigen waren.

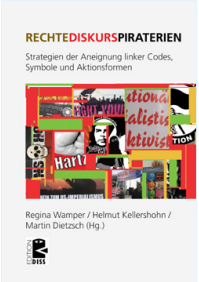
3.

Seit den 1990er Jahren dominiert in Deutschland eine jungkonservative Strömung die Neue Rechte (Junge Freiheit (JF), Institut für Staatspolitik (IfS)), die, so Karlheinz Weißmann, einer ihrer Vordenker, „einerseits mit einer gewissen Unbekümmertheit auf das Erbe der Konservativen Revolution zurückgreift, andererseits versucht, eine konservative […] Antwort



Helmut Kellershohn (Hg.)
Die ›Deutsche Stimme‹ der ›Jungen Freiheit‹
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten
Edition DISS Bd. 23
330 Seiten, 28 Euro

Die ›Junge Freiheit‹ steht für das das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ›Dekadenz‹ verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine ›konservative Basisbewegung‹ und unterstützt rechtspopulistische Parteiansätze. Das Parteiorgan der NPD, die ›Deutsche Stimme‹, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ›Fundamentalopposition von Rechts‹, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ›System‹ stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.)
Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen.
Edition DISS Bd. 28,
288 S., 19,80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

Jens Zimmermann, Regina Wamper, Sebastian Friedrich (Hg.)
Der NSU in bester Gesellschaft
Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat
Edition DISS Band 37
168 Seiten, 18 Euro

Der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU zeugt von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihre Ursachen, bei dem Migration und Kriminalität eng miteinander verknüpft sind. Hat sich daran nach Aufdeckung des NSU etwas verändert?

Mit Blick in die 1990er Jahre werden die zentralen Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die Aktivitäten des NSU relevant waren. Ein Blick in die Gegenwart arbeitet die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus. Schließlich geht es um die Frage, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit ihm und den Morden für eine antifaschistisch und antirassistisch ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.

Mit Beitragen von Friedrich Burschel, Matthias Falter, Liz Fekete, Sebastian Friedrich, Ayşe Güleç, Derya Gür-Şeker, Felix Hansen, Lee Hielscher, Margarete Jäger, Lynn Klinger, Ulrich Peters, Katharina Schoenes, Maruta Sperling, Regina Wamper, Michael Weiss und Jens Zimmermann.

auf die Herausforderungen der Gegenwart zu geben." (Weißmann 2011, 73) Auch hier überwiegt eine ethnopluralistische Argumentation, die freilich aus realpolitischen Erwägungen durchaus flexibel variiert werden kann.

So schreibt etwa Michael Paulwitz in der Jungen Freiheit (JF 42/2012, 3): „Diese Gemeinschaft ist nicht statisch; sie kann Einwanderer aufnehmen und zu beider Vorteil integrieren, wenn Einwanderung nicht schrankenlos und ungesteuert stattfindet." Voraussetzung allerdings sei auf Seiten der Einwanderer die Bereitschaft, „sich ohne Vorbehalt mit Staat und Nation zu identifizieren". In diesem Sinne warb JF-Chefredakteur Dieter Stein (JF 41/2013, 18) für einen „erneuerten Volkstumsbegriff": Nach fünfzig Jahren Einwanderung habe „sich das Bild Deutschlands gewandelt"; es sei daher „realitätsfremd", „an einem engherzigen volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff festzuhalten, der integrationswillige Einwanderer und Kinder von solchen" ausschließe. Maßgeblich für eine derartige Differenzierung sind Kriterien wie Nützlichkeit, Gewohnheit und kulturelle Nähe. Letztere soll sich daran erweisen, dass EinwanderInnen sich voll und ganz assimilieren – eine Fähigkeit, die freilich muslimischen EinwanderInnen mehr oder weniger abgesprochen wird. Das Programm der AfD von 2016, das den Islam mit dem Grundgesetz für nicht vereinbar hält, folgt dieser Argumentation.

Im neonationalsozialistischen Lager der extremen Rechten werden solche Differenzierungen strikt abgelehnt. Im Programm der NPD von 2010 heißt es: „Grundsätzlich darf es für Fremde in Deutschland kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat." Grundsätzlich fremd bleiben aus dieser Sicht auch eingebürgerte Menschen, sogenannte „Ausländer mit BRD-Pass", die ebenfalls ‚rückgeführt' werden sollen.

Eine völkische Bewegung neuen Stils könnte sich möglicherweise in den Zwischenräumen dieser beiden Lager entfalten als eine Art ‚Volksfront von rechts'. Bestandteil einer solchen Formation könnten folgende Gruppierungen sein: der deutschnational-völkische Flügel der AfD (um Björn Höcke), der Teil der jungkonservativen Neuen Rechten, der sich dem Widerstand gegen das ‚System' verschrieben hat (IfS unter Führung Götz Kubitscheks), die Identitäre Bewegung, die Compact-Gruppe um Jürgen Elsässer und ideologisch flexible Teile des neonationalsozialistischen Lagers sowie nicht zuletzt die Pegida-Bewegung.

Literatur

Grossmann, G. U./Puschner U.: Vorwort, in: Dies. (Hg.): Völkisch und National. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert, Darmstadt 2009, S. 9-14.

Hartung, G.: Völkische Ideologie, in: Weimarer Beiträge. Zeitschrift für Literaturwissenschaft, Ästhetik und Kulturtheorie, Jg. 33, 1987, S. 1174-1185.

Hitler, A.: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band [zuerst 1925/27], München 1941.

Köck, J.: „Die Geschichte hat immer Recht". Die Völkische Bewegung im Spiegel ihrer Geschichtsbilder, Frankfurt a. M./New York 2016.

Langbehn, J.: Rembrandt als Erzieher. Von einem Deutschen [zuerst 1890], Weimar 1943.

Magiros, A.: Kritik der Identität. ‚Bio-Macht' und ‚Dialektik der Aufklärung': Zur Analyse (post-)moderner Fremdenfeindlichkeit, Münster 2004.

Puschner, U.: Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001.

Puschner, U.: Strukturmerkmale der völkischen Bewegung, in: Grunewald, M./Bock, H. M. (Hg.): Le Milieu intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890-1960), Bern 2003, S. 445-479.

Retterath, J.: Der Volksbegriff in der Zäsur des Jahres 1918/19. Pluralistisches und holistisches Denken im katholischen, liberalen und sozialdemokratischen Milieu, in: Kämper, H. u.a.. (Hg.): Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, Berlin 2014.

Walkenhorst, P.: Nation-Volk-Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914, Göttingen 2007.

Weißmann, K.: Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945, Schnellroda 2011.

„... diese warme Badewanne, in der unser Volk ertrinkt“

Gespräche über die Dekadenz im Institut für Staatspolitik

Von Tobias Wallmeyer

Im Juli 2015 erschien der von Götz Kubitschek und seiner Ehefrau Ellen Kositza herausgegebene Gesprächsband „Tristesse Droite. Die Abende von Schnellroda“ im Verlag Antaios. Wiedergegeben sind darin Gespräche, die Ende Dezember 2013 zwischen sieben ‚Intellektuellen’ aus dem Umkreis des Instituts für Staatspolitik (IfS) und der neurechten Zeitschrift Sezession stattfanden.[1] Die Gespräche ermöglichen einen Einblick in die Selbst- und Weltanschauung einiger sich als maßgeblich verstehenden Akteure der Neuen Rechten. Besonders auffällig sticht dabei ein bestimmtes Verfallsempfinden hervor, das sich der von Kurt Lenk beschriebenen Trias Dekadenz-Apokalypse-Heroismus zuordnen lässt.[2] Im Folgenden gehe ich auf einige Komponenten dieses Verfallsempfindens näher ein.

Verfall, Entfremdung und der Verlust der Ehre

Laut Kubitschek soll mit Tristesse Droite „neurechter Geist in seiner ganzen Breite und Tiefe“ (183) vorliegen. Als integratives Element – gewissermaßen als Fluchtpunkt im Weltbild der Gesprächsteilnehmer – erscheint jedoch immer wieder ein altbekanntes Ideologem rechter Zeitauslegung: der Verfall. Wie ein roter Faden zieht sich der Eindruck von „Niedergang“, „Abstieg“ und „Zersetzung“ durch die vier Gespräche (53, 55, 61, 147, 150, 154, 158). Die sprachlichen Etikettierungen reichen von Verhältnissen, die „einfach Scheiße“ sind, bis zur „zerfallende[n] Zivilisation“, sogar ein Vergleich mit dem Römischen Reich findet sich (52, 69, 145). Nach Kurt Lenk ist es eine Gemeinsamkeit in der Weltanschauung vieler Vordenker der Neuen Rechten, dass das gegenwärtige ‚moderne’ Weltgeschehen als Ausdruck einer historischen Abwärtsbewegung verstanden wird. Der Hauptbegriff entsprechender Zeitdiagnosen ist der der Dekadenz.

Auf lebensphilosophischer Ebene liegt diesen Ansichten meist eine Art Entfremdungserfahrung zugrunde.[3] In Tristesse Droite ist die Rede von einem „Gefühl der Leere“, vom Verlust der „Tiefe“ und der „Intensität eines Gefühls, und des Seins“. Besonders der „Auszug des Sakralen“ – mit anderen Worten die Entzauberung – „die Wüste um sich herum“ und die Trennung des Menschen von seiner Natur werden in diesem Zusammenhang diskutiert (105, 42, 43, 160, 101; vgl. 99ff.).

Damit das Dekadenz-Konzept sinnvoll erscheinen kann, muss nach Lenk stets von einem (imaginierten) Zustand ausgegangen werden, vonr dem wir ‚abfallen’ bzw. der als Bewertungsstandard gilt. Das Ideal, dass der Weltanschauung des IfS zugrunde liegt, deutet Kubitschek mit dem Verweis auf Preußen und die Wehrmacht an („eine ungeheure Höhe, von der wir runtergefallen sind“). Mehrfach schwärmt er in diesem Zusammenhang von einem „in Form gebrachten Volk“. Den entsprechenden Standard erklärt er später so: „Nur die in Form gebrachte Masse ist eine, mit der man leben will, eine Masse, die einfach geordnet ist auf bestimmte Art und Weise“ (148, 158; vgl. 147ff., 162).
Es ist ein Verlust des Zaubers bei den „Symbolen der Rangordnung“, der den Anwesenden vor diesem Hintergrund als folgenreichstes Verfallselement erscheint (60). Gemeint sind damit Unterscheidungskriterien, die im Stile des Ancien Régime eine soziale Hierarchie begründen. Strukturierende ethische Kategorie dieser idealen Ordnung wäre ein vor-moderner und anti-egalitärer Begriff der Ehre (honor), der - nach dem Motto Ehre dem, dem Ehre gebührt - im Widerspruch zum universellen Begriff der Menschenwürde (dignity) steht.[4] Dem „konservative[n] Begriff vom Leben“, den Kubitschek gegen den Verfall verteidigen will, liegt ein „Begriff der Würde“ zugrunde, der in diesem Sinne anti-egalitär und inkompatibel mit dem „Jeder-Mensch-ist-wertvoll-Geschwätz“ ist (43, 179; vgl. 150). Mit Carl Schmitt ließe sich sagen, dass alleine die Zugehörigkeit zur Gattung Mensch für Kubitschek noch kein würdevoller oder ehrwürdiger Verdienst ist.[5]

Das Elend des Egalitarismus und das Problem der Identität

Als geschichtliche Triebkraft des Verfalls wird in diesem Zusammenhang die „Zugkraft des historischen Golfstroms nach links“ angeprangert.[6] Kubitschek zufolge entwürdigt besonders der Egalitarismus dieses Ideal des ehrlichen Lebens. Die Gleichheitsideale der Aufklärung würden, mit Lichtmesz gesprochen, „die Existenz objektiver Maßstäbe verleugnen“ (wie die „innere oder moralische Wahrheit“ der Ungleichheit der Menschen). Sie zersetzten im Grunde „[a]ll das, was ein Konservativer unterschreiben kann als notwendiges Sortierungskriterium innerhalb einer Gesellschaft“ (119, 43; vgl. 75ff.). Ein solcher Verfall hat den Anwesenden zufolge fatale Folgen für das Volk. Ein Identitätsproblem drohe, gehen die Anwesenden

1 Neben den Herausgebern nahmen Nils Wegner, Martin Lichtmesz, Erik Lehnert, Thorsten Hinz und ‚Raskolnikow’ (Pseudonym) teil.

2 Vgl. Lenk, Kurt: Das Problem der Dekadenz seit Georges Sorel. In: Heiko Kauffmann/Helmut Kellershohn/Jobst Paul (Hg.): Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie, Münster 2005, 49-63.

3 Vgl. Lenk, Kurt/Meuter, Günter/Otten, Henrique Ricardo: Vordenker der Neuen Rechten, New York 1997.

4 Vgl. Berger, Peter: On the Obsolescence of the Concept of Honor. In: Hauerwas, Stanley/MacIntyre Alasdair (Hg.): Revisions: Changing Perspectives in Moral Philosophy, Notre Dame 1983, 172-181.

5 Vgl. Lenk, Kurt/Meuter, Günter/Otten, Henrique Ricardo: a.a.O. [Fn. 6], 87.

6 Der Begriff des historischen Golfstroms taucht immer wieder auf (35, 40, 41, 145, 163).

Wolfgang Kastrup,
Helmut Kellershohn (Hg.)
Kulturkampf von rechts
AfD, Pegida und die Neue Rechte
Edition DISS Band: 38
Münster: Unrast
244 S., 24,00 €

An Phänomenen wie Pegida und der AfD zeigt sich deutlich der Rechtsruck, der zurzeit durch Deutschland geht. Die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft hat durch die aktuelle Flüchtlingspolitik einen gewaltigen Schub erhalten. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse ist aber nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, diesen Menschen mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) widmet sich dem Thema ›Kulturkampf von rechts‹ in gewohnt kenntnis- und aufschlussreicher Art und Weise.

Mit Beiträgen von Floris Biskamp, Julian Bruns, Marvin Chlada, Sebastian Friedrich, Richard Gebhardt, Kathrin Glösel, Mark Haarfeldt, Alexander Häusler, Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn, Andreas Kemper, Julia Meier, Jobst Paul, Rolf van Raden und Natascha Strobl.

doch vom Menschen als ‚Mängelwesen' (Arnold Gehlen) aus.[7] Die Identität des Einzelnen stünde dieser Anthropologie zufolge in einer direkten Abhängigkeit zu übergeordneten Institutionen und Norm-Systemen – d.h. gesellschaftlichen Hierarchien, Autoritäten, ehrwürdigen prototypischen Verhaltensmuster, sozialen Rollen etc. Es ist dieser Anthropologie zufolge der Platz, den das Individuum in den (organischen) Strukturen des Volkes einnimmt, der seine Identität bestimmt, nicht etwa das besondere Verhalten oder die Selbst-Interpretation des je Einzelnen.

„Gleichschaltung" und „Vermassung" statt Emanzipation

Im gesamtgesellschaftlichen Kontext wird der Verfall in *Tristesse Droite* deshalb auch synonym zur Individualisierung besprochen. So heißt es, dass das Volk mit dem Aufweichen der konservativen Institutionen zur Bevölkerung „eingekocht" werde. Wir stünden wie Kierkegaard da, erklärt Wegner, „das unsichtbare Band, […] das alles irgendwie zusammengehalten hat, das haben wir zerschnitten und jetzt glaubt keiner mehr dran" (154, 59).

Besonders emanzipatorische Politik erscheint so als Problem. Die erhoffte Befreiung des Individuums sei den Anwesenden zufolge nicht nur illusorisch, realgeschichtlich sei sie in ihr Gegenteil umgeschlagen. Aus den Institutionen des Volkes herausgelöst, werde der Einzelne nicht befreit, sondern lediglich den „Effizienzkategorien des stahlharten Gehäuses" überlassen. Der „Staatsfeminismus" arbeite beispielsweise bloß daran, dass auch die Frau in eine kapitalistische Verwertungslogik („ins Getriebe") eingeordnet wird (58). Zugrunde liegt hier offenbar die Überzeugung, dass der Begriff des ehrlichen Lebens der einzig gültige und mögliche sei (46f). Die Ablehnung von Sortierungskriterien würde bedeuten, dass ‚wir' den Menschen „der Moderne ausliefern", in deren kapitalistischen Strukturen er geradewegs zum „Kunstprodukt" werde. Statt Pluralisierung beobachten die Anwesenden deshalb auch eine Einebnung von Unterschieden. Mit dem kulturindustriellen Muster „Küblböck neben Goethe" finde im Verfall eine Art „Gleichschaltung" statt. Im Anschluss an die anthropologischen Grundannahmen seien es schließlich die „Traditionen und Strukturen, die die Menschen voneinander unterscheiden" (41ff., 60).

All das münde letztlich in einen Zustand beispielhafter Dekadenz. Mit der Entzauberung der Ehre als maßgebendem Motiv kommen wir hier zu Nietzsches „letzten Menschen": Da laut Lichtmesz mit den ‚Symbolen der Rangordnung' auch die „Intensität" und der „Sinn" des Lebens ausgehöhlt würden, herrsche gegenwärtig das „Mittelmaß" (55, 58f.). Ein „Massenmensch" habe sich ausgebreitet, der in der gleichschaltenden Verwertungslogik der „Massenmaschine" zufrieden sei, solange er nur qua „Selbstprostitution" in relativem Wohlstand leben könne – und den wir Lehnert zufolge deshalb auch „minderwertig" nennen dürften. Hinz spricht von „Massentierhaltung" und Kubitschek sieht eine „warme Badewanne, in der unser Volk ertrinkt" (22, 149, 161, 41, 61).

Auch die „Macht dieser Leute, die diesem Apparat" des politischen Systems vorsitzen, reiche nicht aus, um aufhaltend einzugreifen. Das „stahlharte Gehäuse" mit seinen „Verhaltensregeln" und „Existenzgesetzen" würde die Verwaltung und „Versorgung" zur „Hauptaufgabe" der Politik machen. Die „Handlungsfreiheit von Politikern" sei damit zu stark eingeschränkt; sie müssten sich „brav an die Regeln halten" meint Hinz, so dass über das Parlament höchstens „minimal verändernd" eingegriffen werden könne. Mit den schwerwiegenden Problemen der Nation (die beiläufig mit „Eurokrise" und „extremem [sic] Ausländeranteil" umschrieben werden) könne man so überhaupt nicht umgehen. „Vision" und ein „überschießendes Moment" gäbe es leider in diesem „System" nicht mehr (14, 19, 21).

Tobias Wallmeyer studiert in Bielefeld Politikwissenschaft, Literaturwissenschaft und Ethik. Eine ausführliche Fassung ist nachzulesen unter: http://www.diss-duisburg.de/2017/06/bemannte-rettungsboote/

7 Vgl. 21. Lehnert äußert sich später auch explizit in Abgrenzung zu Rousseaus Anthropologie (vgl. 154f.).

„Stunde des Triumphs“ und „tödliche Weichenstellung“?

Das Nichtverbot der NPD aus Sicht der NPD

Von Martin Dietzsch

Am 17. Januar 2017 entschied das Bundesverfassungsgericht, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) nicht zu verbieten. Die Partei erfülle zwar die Voraussetzungen für ein Verbot. „Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt.“ (Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13) Das Urteil ist kein Sieg der NPD, sondern ein Freispruch dritter Klasse. Die Begründung ist fragwürdig, zumal das schwebende Verbotsverfahren und der Abzug der V-Leute erheblich zur derzeitigen Schwächung der Partei beigetragen haben.

Die Konkurrenzpartei Alternative für Deutschland (AfD) ist bei Wahlen erfolgreicher und hat die NPD aus den Landtagen verdrängt. Völkisches Gedankengut und völkisches Handeln haben jedoch in der Bundesrepublik Hochkonjunktur, so dass ein Wiedererstarken der NPD als Partei rechts von der AfD nicht ausgeschlossen ist. Viel wird davon abhängen, ob die AfD willens und in der Lage sein wird, stramm völkische bis hin zu NS-affine Kräfte in der eigenen Partei im Höcke-Flügel zu binden. Möglich wäre aber auch – obwohl es derzeit nicht danach aussieht –, dass die AfD sich von Teilen ihres rechten Flügels trennt und sich diese Klientel eine neue politische Heimat suchen muss. Voraussetzung für eine Sammlung in der NPD wäre allerdings auch die Eindämmung der heftigen internen Querelen und Machtkämpfe. Es lohnt sich also, die NPD weiter im Auge zu behalten.

Wie haben führende NPD-Funktionäre auf das Nichtverbot reagiert und welche strategischen Einschätzungen haben sie abgegeben?

„Stunde des Triumphs“

Der Prozessbevollmächtigte der NPD Peter Richter ist gleichzeitig stellvertretender Landesvorsitzender im Saarland und steht dem Parteivorsitzenden Frank Franz nahe. Am Tag der Urteilsverkündung schrieb er auf Facebook, dies sei die „Stunde des Triumphs“.

„Wir sind die letzte Bastion zwischen dem anständigen Deutschland und dem zerstörerischen Treiben der etablierten Volksverräter. Mit vereinten Kräften können und werden wir uns unser Land zurückholen!“ Er verstieg sich sogar zu der Prognose, als nächstes werde die NPD im Saarland mit „5 % + x in das Landesparlament einziehen“. Das reale Ergebnis bei der Wahl am 26. März 2017 war 0,7 %.

„tödliche Weichenstellung“

Ganz anders äußerte sich Karl Richter, Stadtrat in München und parlamentarischer Assistent des NPD-Europaabgeordneten Udo Voigt, ebenfalls auf Facebook. Er bezog sich auf eine zentrale Passage des Urteils: „Ein ethnischer Volksbegriff würde bereits eingebürgerte Deutsche zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren und ihr Recht auf demokratische Gleichheit verletzen“. Für Richter und viele andere rechte Kommentatoren ist dies der Beginn des Weltuntergangs: Das Gericht „bekennt sich zum Volkstod, zum vorsätzlichen Austausch des deutschen Staatsvolkes durch eine beliebige No-name-Bevölkerung [...] Der heutige 17. Januar wird womöglich einmal als verhängnisvolle, ja tödliche Weichenstellung in die Annalen unserer Geschichte eingehen.“

„Bürgerkrieg“

Per Lennart Aae, laut Wikipedia „Leiter des Wissenschaftsarbeitskreises der NPD“, geht (ebenfalls am 17.1. und ebenfalls auf Facebook) noch einen Schritt weiter. Mit aktivierter Caps-Lock-Taste droht er angesichts des Urteils mit dem Bürgerkrieg:

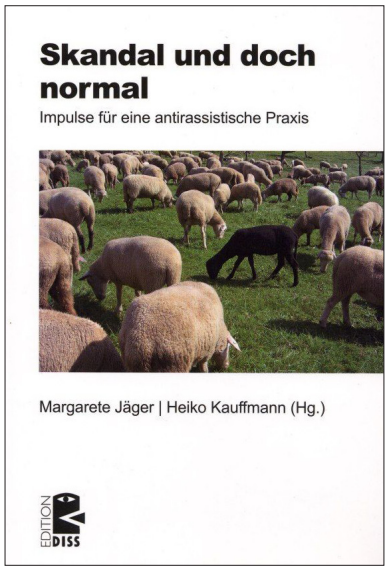
„EIN ERGEBNIS, DAS NACH MEINER ÜBERZEUGUNG UNWEIGERLICH DIE POLITISCHEN WEICHEN IN DEUTSCHLAND IN RICHTUNG BÜRGERKRIEG STELLT! DENN ES LÄSST DEN MENSCHEN, DIE SICH GEGEN DIE GEPLANTE MASSENEINWANDERUNG UND ÜBERFREMDUNG WEHREN WOLLEN, KEINE ANDERE MÖGLICHKEIT, ALS DIES AUSSERHALB DES (VON DEN MACHTHABERN VERFÄLSCHTEN) VERFASSUNGSMÄSSIGEN RAHMENS ZU TUN.“

„Arbeitsteilung“

Jürgen Werner Gansel wurde im Urteil des Bundesverfassungsgerichts 28 mal namentlich erwähnt. Er gilt als einer der Chefideologen der NPD. Aus seiner Feder stammt die Schulungsbroschüre „Wortgewandt – Argumente für Mandats- und Funktionsträger“, in der eingebürgerte Deutsche nach biologischen Rassekriterien zu „Nichtdeutschen“ erklärt werden. Diese Broschüre wertete das Gericht als einen zentralen Beleg für die verfassungswidrige Ausrichtung der NPD.

Gansel schrieb am 23.2.2017 auf Facebook, es müsse angesichts des Urteils seiner Meinung nach in Zukunft eine „strategische Arbeitsteilung“ zwischen NPD und AfD geben.

„Ich sagte, die NPD müsse die patriotischen Wutbürger und klassischen Rechtswähler ansprechen und die AfD die vielen



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)
Skandal und doch normal
Impulse für eine antirassistische Praxis.
edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Unrast 253 S., 24 Euro

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

Wähler rechts der CDU, die aus irgendwelchen Gründen niemals NPD wählen würden. [...] Deshalb ist die eigentlich sehr sympathische Positionierung eines Björn Höcke wahlstrategisch gesehen kontraproduktiv. Er jagt der NPD damit Rechtswähler für die AfD ab, verprellt aber ungleich mehr potenzielle AfD-Wähler bürgerlicher Prägung. Damit ist rechnerisch für das Parteienspektrum rechts der Union nichts gewonnen! [...] Björn Höcke sollte das rechtskonservative Profil seiner Partei schärfen, aber keine nationale Rhetorik anschlagen, weil er keiner nationalen Partei angehört. Die nationale Partei Deutschlands ist die NPD! [...] Unsere Funktion als NPD besteht darin, das gesamte politische Koordinatensystem im Land nach rechts zu verschieben. Mit dem wieder gescheiterten NPD-Verbotsverfahren können und müssen wir den Mund noch weiter aufmachen und Klartext für die Rechtswende sprechen! Wir sind der Stachel im Fleisch der AfD, und die AfD ist der Stachel im Fleisch der Volksverräter-Parteien. Wir machen Druck von rechts auf die AfD, und die AfD macht Druck von rechts auf die CDU/CSU. Nur unser Druck von rechts hindert die AfD in Zukunft daran, zu einer vermeintlich besseren CDU oder einer CSU 2.0 zu werden und damit Wählerverrat zu begehen. Die Rechtswende in Deutschland kann gelingen, wenn es zwischen AfD und NPD eine strategisch grundierte Arbeitsteilung mit unterschiedlicher Zielgruppenansprache gibt."

Gansel spekuliert auf eine Marktlücke für die NPD und auf Übertritte aus dem Höcke-Flügel der AfD. Der Trend dürfte gegenwärtig eher in die andere Richtung gehen. Selbst wenn sich die AfD zu einer realen Abgrenzung nach rechts durchringen sollte – wofür es derzeit keine Anzeichen gibt –, die NPD ist in ihrem jetzigen Zustand zu wenig attraktiv, den Kern einer militanten völkischen Sammlung zu bilden. Dies gilt nicht nur für die Höcke-Anhänger, sondern auch für die militanten Neonazis aus der Kameradschaftsszene und aus den parteiförmigen Organisationen „Die Rechte" und „Der III. Weg".

„eine in sich geschlossene Partei"

Der Bundesvorsitzende der NPD Frank Franz macht derweil auf Zweckoptimismus. In einem Interview in der März-Ausgabe der Parteizeitung *Deutsche Stimme* verwies er darauf, dass die NPD nach dem Scheitern des ersten Verbotsverfahrens 2003 nur ein Jahr später in den Sächsischen Landtag eingezogen sei. Angeblich verzeichne man auch jetzt „wieder steigende Interessenten- und Mitgliederanfragen". Franz' einzige selbstkritisch klingende Bemerkung zielte in Wahrheit auf seine innerparteilichen Widersacher, die ein offensiveres und radikaleres Auftreten fordern.

„Was ich durchaus selbstkritisch zur Kenntnis nehme, ist, wenn hier und da – allerdings nur vereinzelt – eine primitive Sprache gepflegt wird, die dann gegebenenfalls auch zu Mißdeutungen führen kann. Wir müssen klare Kante zeigen und eine deutliche Sprache sprechen. Das geht aber auch in einem kultivierten und anständigen Ton. [...] Es ist schlicht Unsinn, wenn behauptet wird, wir würden eingebürgerten Staatsbürgern diese Staatsbürgerschaft entziehen. Das ist nicht der Fall. Wir wollen für die Zukunft aber wieder zurück zur alten Regelung, die unserer Auffassung nach die bessere war."

Franz' Bemerkung zielte offenbar auch auf Gansels „Wortgewandt"-Broschüre, wobei das Bundesverfassungsgericht nicht „primitive Sprache", sondern den rassistischen Inhalt bemängelte. Peter Richter assistierte Franz im selben Interview: „Ganz vehement zu widersprechen ist vor allem der Aussage, die NPD stelle sich in ihrer Programmatik gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung."

Und Frank Franz sagte voraus: „Am Ende des Jahres 2017 ist die NPD eine in sich geschlossene Partei, die nach einem anstrengenden Wahlkampfjahr gestärkt in die Zukunft blicken kann." Dies darf zum Glück bezweifelt werden.

Martin Dietzsch ist Mitarbeiter des DISS.

„Faschos sind doof“, die Nation ist normal!

Über ein altes und beliebtes Narrativ zur Erklärung von Rechtsextremismus

Von Robin Heun

In meinem Jugendzimmer hing an einer Pinnwand eine Gratispostkarte mit der Aufschrift: „Faschos sind doof und haben kleine Schniepel“. Ich fand den Spruch und die Grafik damals saulustig. Je länger ich mich jedoch mit dem Nationalsozialismus und Nachkriegsrechtsextremismus beschäftige, desto unlustiger finde ich solche Witze über Rechtsextremist/innen. Warum aber ist die Erzählung vom doofen Nazi problematisch? Welche Funktion erfüllt sie und wie hängt das Konzept der Nation und des Nationalstaats mit extrem rechter Politik zusammen?

Das Narrativ vom doofen Fascho auf einer Postkarte [Edgar Medien AG, #4.544], Motiv „Kleine Schniepel“ von Charlotte Wagner.

Die Kernaussage des Narrativs vom „dummen Nazi“ ist simpel: Nazis/Rechtsextremisten (meistens männlich) seien ungebildet beziehungsweise dumm – sie hätten nichts aus der Geschichte gelernt. Ihr Weltbild und ihre Handlungen, zum Beispiel rassistische Anschläge, seien deshalb ein Resultat ihrer Dummheit. Manchmal wird diese Erzählung um weitere Faktoren angereichert, mit dem sie sich erklären lässt: Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, schwere Kindheit etc. Diese Erzählung begegnet uns häufig im Alltags- und Mediendiskurs. Besonders bekannt sind die im Fernsehen ausgestrahlten Satire- und Kabarett-Beiträge von Carolin Kebekus („Wie blöd Du bist...“), Dieter Nuhr oder die des NDR Satiremagazins Extra 3, die anschließend bei YouTube zum Teil Millionen Klicks einfahren. Häufig werden lächerliche Aktionen von Rechtsexremisten/innen gezeigt, wie z.B. das bei Facebook tausendfach geteilte Video der Trierer NPD mit dem Aufruf zu einem Fackelmarsch. In der ZDF Dramedy-Serie „Familie Braun“ müssen sich zwei Neonazis plötzlich um die sechsjährige schwarze Tochter des einen Neonazis kümmern. Hier wird das Narrativ vom dummen Nazi auf die Spitze getrieben. Einer der Top-Kommentare bei YouTube bewertet das erste Kapitel der Serie so: „Mega geil geworden. Komischerweise empfinde ich sogar für die Typen aus der NaziWG eine Sympathie und ein bisschen Mitleid wegen ihrer Dummheit...“[1].

Das Narrativ vom dummen (und alkoholisierten) Nazi hat durchaus eine lange Tradition. Der Duisburger Holzschneider Heinz Kiwitz (1910-1938) hat in einem seiner antifaschistischen Werke um 1937 zwei uniformierte Corps-Studenten geschnitten, die anstelle eines Kopfes einen Bierkrug mit Hakenkreuz besitzen.[2] In den 1990er Jahren erlebte das Narrativ dann ein Revival. Vor dem Hintergrund der rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen veröffentlichten *Die Toten Hosen* und die Fun-Punk Band *Die Ärzte* jeweils einen Song, in dem es ine zentrale Rolle spielte. „Sascha …ein aufrechter Deutscher“ von den *Toten Hosen* (1992) wie auch „Schrei nach Liebe“ von den *Ärzten* (1993) gelangten in die Top Ten der deutschen Singlecharts und bewirkten eine weitere Popularisierung des Narrativs. Der *Ärzte*-Song beginnt wie folgt:

„Du bist wirklich saudumm, darum gehts dir gut. Hass ist deine Attitüde, ständig kocht dein Blut. alles muss man dir erklären, weil du wirklich gar nichts weißt – höchstwahrscheinlich nicht einmal, was Attitüde heißt!“

Die Erzählung vom dummen Nazi wird dann in weiteren Strophen mit der ebenfalls häufigen Annahme abgerundet, dass der Hass und die Gewaltbereitschaft eines Neonazis mit Mangel an Liebe seitens der Eltern/Freundin und den daraus resultierenden „Selbsthass“ zu erklären sei. Nachdem die Initiative *Aktion Arschloch* 2015 für den Song öffentlichkeitswirksam Werbung gemacht hat, gelangte er sogar auf Platz 1 der deutschen Charts. Vor dem Hintergrund der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hatte ein Musiklehrer diese Initiative ins Leben gerufen. Dass diese Lieder in die Charts gelangten, drückt zum einen die Ablehnung und Verurteilung rechtsextremer Gewalt durch din Hörer_innen aus. Zugleich verweist es darauf, wie populär und akzeptiert das Narrativ ist. Denn weder *Die Toten Hosen*

1https://www.youtube.com/watch?v=rmjTTKw2RJs

2 Vgl. http://www.rp-online.de/nrw/staedte/kleve/fuer-die-kunst-und-die-freiheit-aid-1.2953748

noch *Die Ärzte* haben das Narrativ erfunden. Da die meisten Menschen aus den Medien etwas über die extreme Rechte erfahren, dürfte der Mediendiskurs eine wichtige Rolle bei der Verbreitung solcher Narrative spielen. In ihren Berichten über tagesaktuelle Ereignisse werden diese häufig mit dem Bild eines glatzköpfigen Mannes mit Springerstiefeln illustriert, was zur Tradierung eines längst veralteten Bildes beiträgt. Gewiss gelangen auch Informationen aus der Wissenschaft in den Mediendiskurs. Die Annahme, nach dem Rechtsextremist/innen dumm seien, stützt sich zum Teil auch auf Erkenntnisse der Sozialforschung. Auch wenn die empirische Einstellungsforschung nachweisen kann, dass Personen mit Abitur deutlich seltener rechtsextremen Aussagen zustimmen[3], kann dieser Befund nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich einzelne Aspekte eines rechtsextremen Weltbildes auch bei gebildeten Personen wiederfinden lassen. So stimmten z.B. im Jahr 2016 bei einer repräsentativen Umfrage 49,9 % der Befragten der Aussage zu, „Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden“[4].

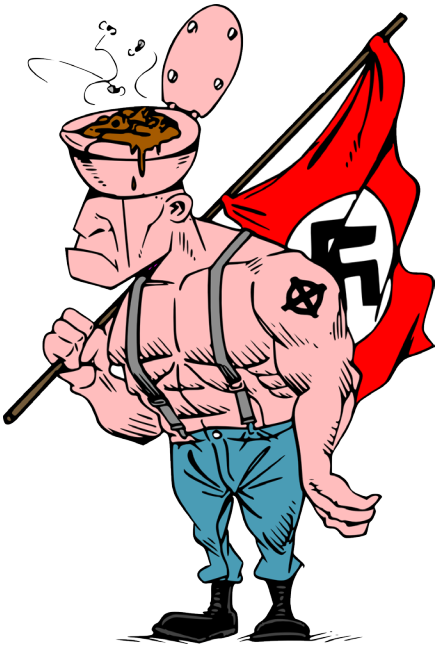
Auch der Blick in die Vergangenheit verdeutlicht, dass die Erzählung vom doofen Nazi so nicht stimmen kann. Insbesondere, wenn man berücksichtigt, dass sich auch Intellektuelle und gebildete Personen für den Nationalsozialismus begeistert haben – der Philosoph Martin Heidegger oder der Staatsrechtler Carl Schmitt sind hier nur prominente Beispiele.

Rechtsextreme Publizistik

Doch sicherlich sind die Medien für die Verbreitung des Narrativs vom doofen Nazis entscheidend, wenn sie z.B. über große Neonazi-Demonstrationen berichten. Selten wird allerdings über die rechtsextreme Publizistik berichtet, die jedoch wichtige Funktionen für die extreme Rechte erfüllt: Hier wird Ideologie produziert und weiter entwickelt; hier werden Strategiediskussionen geführt und Netzwerke gepflegt; hier vergewissert sich die extreme Rechte selbst und - natürlich - hier wird auch Geld verdient. Im Blätterwald der extremen Rechten finden sich sehr unterschiedliche Qualitätsstufen, vom billig produzierten Neonazi-Fanzine bis hin zum Hochglanzmagazin, wie z.B. dem COMPACT-Magazin. In vielen dieser Zeitschriften sind die Beiträge zwar nicht auf einem intellektuell hohen Niveau; im Gegenteil, viele sind hetzend und pseudowissenschaftlich. Es wäre aber fatal zu glauben, dass alle Akteure der extremen Rechten – insbesondere im publizistischen Bereich – doof und ungebildet seien. Es gibt zahlreiche Beiträge von Autor/innen mit akademischen Abschlüssen. Björn Höcke oder die Herausgeber der Wochenzeitung *Junge Freiheit* sind keine ungebildeten Menschen, sie sind vielmehr Anhänger eines politischen Projektes. Vielleicht glauben ja viele Menschen, dass Anhänger der extremen Rechten dumm seien, weil sie sich einem menschenfeindlichen Projekt verschrieben haben, das die *Gleichwertigkeit aller Menschen* negiert. Wer aber die dort vertretenden politischen Positionen als richtig erachtet, ist schlicht ein Anhänger und Verfechter des Völkischen Nationalismus (VN) und damit einer Weltanschauung, die im ausgehenden 19. Jahrhundert entstand und im 20. Jahrhundert weiterentwickelt wurde. Beim VN handelt es sich um ein politisches Projekt, das auch auf irrationale, pseudowissenschaftliche (z.B. Rassentheorien) und ahistorische Annahmen (z.B. Vorstellung eines homogenen Volkes) beruht, dessen Theoretiker, und Verfechter_innen allerdings nicht quer durch die Bank doof oder ungebildet sind. Und dieses Konzept des VN weist eine Reihe Anknüpfungspunkte zu politischen Konzepten auf, die nicht nur in Deutschland hegemonial sind.

Die Logik rechtsextremer Forderungen im Kontext des Nationalstaats

Trotz zunehmender Supranationalisierung scheint für die europäische Bevölkerungen auch im 21. Jahrhundert weiterhin der Nationalstaat die primäre Legitimationsquelle für die Ordnung des Gemeinwesens zu sein. Der Nationalstaat und ‚die Nation‘ sind als Ordnungskonzepte hegemonial akzeptiert und werden kaum hinterfragt. Bereits in den 1980er Jahren schrieb der Politikwissenschaftler Benedict Anderson in seiner Studie: „Das Nation-Sein ist vielmehr der am universellsten legitimierte Wert im politischen Leben unserer Zeit.“[5] Ein Ende des Nationalismus ist – ungeachtet faktischer Transnationalisierung – nicht in Sicht. Und exakt diese Erkenntnis lassen ultranationalistische, extrem rechte Forderungen für manche Menschen fol-



Unterm Strich lässt sich durch das Narrativ vom „dummen Nazi“ das komplexe Problem des Rechtsextremismus auf eine einfache und verharmlosende Formel verkürzen.

3 Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.) *Die enthemmte Mitte*. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, 2016, S. 38

4 Ebd., S. 50.

5 Anderson, Benedict R: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, 2 Aufl., Frankfurt am Main 2005. S. 11-54, S. 12-13.

gerichtig erscheinen. Warum sollte die Forderung nach einer verstärkt „national“ ausgerichteten Politik, wie sie die AfD fordert, per se falsch sein? Wie kann der Nationalstaat der ‚eigenen‘ Nation dienen, wenn zahlreiche Entscheidungen auf supranationaler Ebene getroffen werden? Die extreme Rechte macht sich diese Diskrepanz zu Nutze und fordert eine Renationalisierung, in dem sie gesellschaftliche Probleme aus einer völkisch-rassistischen Perspektive heraus deutet und gegen Entwicklungen wettert, die eine nationalstaatliche Politikgestaltung konterkarieren und die idealisierte „nationale Souveränität“ und „nationale Identität“ in Frage stellen: Europäisierung, Globalisierung, Supranationalisierung, Transnationalisierung.

Es bleibt abzuwarten, ob es den europäischen Nationalisten gelingt, gesellschaftliche Missstände, wie die EU-Schuldenkrise und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, aber auch die sogenannte „Flüchtlingskrise“ politisch durch eine Renationalisierung zu beantworten und vermeintliche innere und äußere Feinde - wie ‚den Islam‘ oder ‚die Flüchtlinge‘ - gesellschaftsfähig zu etablieren. Wie ausgrenzend sich die europäischen Nationskonzepte entwickeln, wird auch davon abhängen, ob die Nation abstammungsorientiert (ethnic conception of the nation) oder republikanisch-freiheitlich (civic model of the nation) gedacht wird.[6] Es ist davon auszugehen, dass solange der Nationalstaat als zentraler Referenzrahmen für Politikgestaltung gesetzt wird, sich Menschen für politische Projekte interessieren und begeistern werden, die den Nationalstaat wieder zum Dreh- und Angelpunkt aller gesellschaftlichen oder besser gesagt „nationalen“ Fragen erheben.

6 Vgl. Salzborn, Samuel: Nation und Nationalismus im 21. Jahrhundert (Einleitung), in: Ders. (Hrsg.): Staat und Nation: Die Theorien der Nationalismusforschung in der Diskussion, Stuttgart 2011, S. 9-13.

Warum ist es also attraktiv, Nazis für doof zu erklären?

Die Gründe sind banal. Wir können über ‚sie‘ lachen. Sie haben nichts aus der Geschichte gelernt! Sie sind die dummen Anderen. Wir müssen uns nicht mit der ideengeschichtlichen Grundlage des Völkischen Nationalismus und den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Szenen beschäftigen. Wir müssen uns auch nicht mit dem eigenen Verhältnis zum Nationskonzept, dem die Herstellung „Fremder“ immanent ist, auseinandersetzen. Für Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft – also deutsche Staatsbürger – eine Selbstverständlichkeit, die mit all ihren (rechtlichen) Privilegien nicht immer reflektiert wird. Auch kann die Beschäftigung mit dem (eigenen) Antiziganismus, Antisemitismus, Rassismus und Sexismus – alles Fragmente extrem rechter Weltanschauung – ausbleiben.

Unterm Strich lässt sich das komplexe Problem des Rechtsextremismus auf eine einfache und verharmlosende Formel verkürzen. Auch wenn es bekanntermaßen „Bierzeltnazis“ und verlachende Aktionen – falsch gemalte Hakenkreuze, peinliche Rechtsschreibfehler, Nazi-Reggae, Döneressende NPD-Funktionäre und vieles mehr – gibt, sagt eine solche Aussage letztlich mehr über den eigenen Standpunkt aus. Sie stellt keine inhaltliche Auseinandersetzung mit völkischem Denken dar und verkennt, dass die extreme Rechte kein hermetisch abgeriegelter, monolithischer Kosmos der Gesellschaft ist, sondern ein Zusammenspiel verschiedener demokratiefeindlicher und menschenverachtender Diskurse und Praktiken, politischer Strömungen und Projekte. Diese aber lassen sich nicht pauschal als dumm oder ewiggestrig abtun. Davon zeugt übrigens auch die umfangreiche Sammlung rechtsextremer Publizistik im DISS-Archiv. Und ja, natürlich können wir auch über Nazis lachen, wenn das Problem des Rechtsextremismus auch inhaltlich bearbeitet wird.

Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hg.)
Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe
2015 Schwalbach: Wochenschau-Verlag
368 S., 24,80 €

Was meinen Rechtsextreme, wenn sie von Islamisierung, Geschlechtergleichschaltung, Political Correctness oder Schuldkult sprechen?

Die Autorinnen und Autoren dieses Handwörterbuchs geben hierzu Antworten und zeigen auf, wie die extreme Rechte mit Begriffs(um)deutungen und Wortneuschöpfungen Bausteine extrem rechter Weltanschauungen über die Sprache zu vermitteln und zu verankern versucht. Die Autorinnen und Autoren richten den Blick auch auf die gesamtgesellschaftliche Anschlussfähigkeit extrem rechter Diskurse. Die einzelnen Beiträge zeigen, wie die menschenverachtenden Äußerungen und die damit einhergehenden politischen Forderungen dekonstruiert und kritisiert werden können.

Das Buch wendet sich insbesondere an Multiplikator*innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft. Das Handwörterbuch erschließt das begriffliche Kontinuum der extremen Rechten und bietet eine Grundlage für die fundierte Auseinandersetzung damit. Der Band ist Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

Schnittstellen und Abgrenzungen

Zum Umgang der FAZ mit der populistischen extremen Rechten

Von Roisin Ludwig und Regina Wamper

Während vor 2015 auf die Wortergreifungsstrategien der extremen und populistischen Rechten mit einem weitgehenden Entzug der ‚politischen Bühne' geantwortet wurde, scheint sich dies in der aktuellen Debatte um Pegida und AfD zu ändern. In der bundesdeutschen Presse sowie in staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Institutionen wird ein Dialog in Erwägung gezogen oder zumindest über die Frage eines Dialogs debattiert. Für den mediopolitischen Diskurs scheint dies in Bezug auf die AfD anders zu sein. Hier kommen gerade die Führungspersonen in Talkshows, Politikerrunden und Medien zu Wort, wobei die Einladenden oftmals hoffen, die AfD möge sich in den Diskussionen selbst diskreditieren. Die Dialogangebote beziehen sich dabei vor allem auf migrations- und europapolitische Themen.

Der Frage, ob mit AkteurInnen des Rechtspopulismus öffentlich gesprochen wird, ist die Frage vorangestellt, wie über sie gesprochen wird und wie rechtspopulistische Formationen gesellschaftlich eingeschätzt und bewertet werden. Vor allem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), schwankt man zwischen Abgrenzung und Anbiederung.

Eine Kritische Diskursanalyse zum Umgang der FAZ mit der AfD im Zeitraum von Januar bis März 2014 – kurz nach der Gründungszeit – konnte zeigen, dass die Aussagen, die zur Euro- bzw. Europapolitik der AfD gemacht werden, sich in einem Spannungsfeld bewegen zwischen dem Zusprechen von Kompetenz bis zur Darstellung der Europapolitik der AfD als einer Gefahr, entweder für die deutsche Wirtschaft oder für das gesamte europäische Projekt.

Der Verweis auf Kompetenz geht häufig einher mit dem Fokus auf den Bildungshintergrund einzelner Mitglieder. Die AfD wird dargestellt als Partei der „volkswirtschaftlich gebildeten Wirtschaftsliberalen" (Gauland, FAZ, 24.1.2014). So durfte es Gauland selbst in einem Artikel in der FAZ beschreiben. Wird die AfD hingegen im europäischen Kontext hinsichtlich ihrer Euro- bzw. Europapolitik politisch eingeordnet, dominiert eine alarmistische Berichterstattung. (etwa Busse, 09.1.2014 oder 22.3.2014) Hier wird die AfD in die Nähe von Parteien wie der britischen Ukip und des französischen FN gerückt, die auch als rechtspopulistisch gekennzeichnet werden. (etwa F.A.Z., 29.3.2014 oder Busse, 22.3.2014.) Allerdings wird die AfD selbst nicht direkt als rechtspopulistisch eingeordnet. (Vgl. Busse, 9.1.2014) Vielfach wird die AfD aber auch als „eurokritisch" (lhe, 14.1.2014) oder „europaskeptisch" (Nonnenmacher, 3.1.2014) benannt, ohne dass eine inhaltliche Auseinandersetzung stattfindet. Durch diese Reduktion wird die AfD als Ein-Themen-Partei dargestellt. Dies hat insofern auch normalisierende Effekte, da die weitere politische Ausrichtung der Partei übergangen wird und Verbindungen der AfD zur extremen Rechten nicht thematisiert werden. Werden sie doch thematisiert, gelten sie als Einzelfallproblematik. Die verbale Selbstdistanzierung der AfD von der extremen Rechten wird übernommen und die AfD in den Mitte-Diskurs eingeschlossen. Tatsächlich gibt es in der FAZ nur sehr wenig inhaltliche Auseinandersetzungen mit den Positionen der AfD abseits der Euro- und Europapolitik, trotz der Landes- und Bundesparteitage und den verabschiedeten Programmen.

Der zweite thematische Schwerpunkt der FAZ bei der Berichterstattung über die AfD sind während dieser Zeit die „Querelen" (Bender, 13.1.2014a) innerhalb der AfD. Diese Auseinandersetzungen zwischen den AkteuerInnen drehen sich im Kern häufig um die Nähe oder Grenze zur extremen Rechten. In der Beschreibung dafür werden u.a. spielmetaphorische Begriffe wie „Balgerei" (Bender, 2.1.2014a) verwendet, mit den diese politischen Auseinandersetzungen verharmlost und zugleich normalisiert werden. Statt einer inhaltlichen Berichterstattung über die internen Auseinandersetzungen besteht oft eine Leerstelle. (Vgl. Bender, 17.3.2014.) Oder aber es wird keine deutliche Einordnung der extrem rechten Äußerungen vorgenommen. Verschwörungstheoretische und antisemitische Äußerungen beispielsweise werden beschrieben als Teil eines „ideologischen Zwist[s]" (Bender, 2.1.2014a) – das impliziert, dass beide Seiten oder Positionen (Antisemitismus und die Kritik daran) von der FAZ gleichermaßen als ideologisch verstanden und kritisiert werden.

Allgemein gibt es die Tendenz in der FAZ, beschönigende und verharmlosende Beschreibungen für Rassismus und Homophobie zu verwenden und beides nicht klar zu benennen. Antimuslimischer Rassismus wird z.B. als „Kritik an Muslimen" (Ankenbrand, FAS, 9.3.2014) bezeichnet. Der Begriff der Kritik verleiht rassistischen Äußerungen das Antlitz eines begründeten Standpunktes und verharmlost und reproduziert so die von der AfD vorgenommene Stereotypisierung.

Allgemein gibt es die Tendenz in der FAZ, beschönigende und verharmlosende Beschreibungen für Rassismus und Homophobie zu verwenden und beides nicht klar zu benennen.

Auch die politische Einordnung von und der Umgang mit Pegida werden seit der ersten Versammlung in Dresden im Oktober 2014 in der FAZ kontrovers diskutiert. In der Gründungsphase wird Pegida v.a. in Verbindung zu Islam, Migration und Meinungsfreiheit thematisiert. Etliche Autoren verteidigen Pegidas politische Intention. Das Pegida-Netzwerk wird als weitgehend bürgerliches Netzwerk charakterisiert. (Vgl. Von Altenbockum, 17.12.2014, Von Altenbockum, 11.12.2014, Kohler, 16.12.2014) Und in der FAZ schließt es sich aus, bürgerlich zu sein und zugleich extrem rechte Einstellungen zu haben. (Vgl. etwa Von Altenbockum, 13.12.2014) Gleichzeitig wird aber auch schon zu Beginn der Berichterstattung Pegida als gefährlich (Vgl. Deckers, 29.12.2014.), wenig staatstragend (Vgl. Von Altenbockum, 2.1.2015.) und Bachmann als „rechtskräftig verurteilter[...] Kokain-Dealer" (Deckers, FAZ, 7.1.2015) skizziert.

Eine Einordnung von Pegida als rechtspopulistisch oder gar rechtsextrem bezeichnet von Altenbockum als Diffamierung, die Pegida eher noch bestärken würde. (Vgl. Von Altenbockum, 11.12.2014. u. Kohler, 16.12.2014.) Von Altenbockum setzt – und das ist gerade in Debatten um ‚Political Correctness' nicht unüblich – Kritik an Pegida gleich mit dem Absprechen des Demonstrationsrechts; die Motive der Demonstrierenden hingegen nennt er zwar „stammtischhaft", kennzeichnet sie aber als dennoch nachvollziehbar. (Vgl. Von Altenbockum, 13.12.2014.) Pegida wird in dieser Phase als Opfer von Redeverboten und ‚Political Correctness' beschrieben, ganz als ob es nicht möglich wäre, in Deutschland rechtsextreme, rassistische oder gar neonazistische Demonstrationen durchzuführen oder entsprechende Meinungen zu äußern. Die Autoren der FAZ imaginieren so eine linke Deutungshoheit, die autoritär andere Positionen unterdrücke.

Mehr noch als gegen „Islamisierung" richte sich Pegida gegen politische Eliten und gegen „Staatspropaganda". Dies sei zwar absurd, meint von Altenbockum, sei aber auch Ausdruck der „Wut auf böswillige Berichterstattung" gegen Pegida. (Von Altenbockum, 17.12.2014) Der bürgerlichen Presse wird so eine Mitschuld an Pegidas Ablehnung gegen sie zugewiesen. Auch beim Thema Migration wird dem Bündnis mit Verständnis begegnet. Selbst wenn Pegida weitgehend als nicht rassistisch gekennzeichnet wird, so würden die Demonstrierenden doch MitbürgerInnen ausgrenzen. (Vgl. Müller, 7.1.2015.) Allerdings seien „Ängste vor Überfremdung […] nun einmal dem Menschen eigen". (Müller, 7.1.2015)

Als Vorschlag zum Umgang mit Pegida präferieren die Kommentatoren der FAZ den Dialog, ohne die Demonstrierenden in eine „rechte Ecke" zu stellen. (Kohler, 16.12.2014) Man müsse die „Sorgen" und „Ängste" der Demonstrierenden ernst nehmen. (so etwa: Kohler, 6.1.2015 u. 16.12.2014; Müller, 7.1.2015.)

Ernst nehmen heißt hierbei auch, die migrationspolitischen Forderungen von Pegida zu unterstützen. Denn eine liberale Einwanderungspolitik stärke die extreme Rechte, so meinen es etliche Autoren und schließen damit an die Denkfigur an, Rassismus sei eine Folge von Migration und nicht von der Denormalisierung der Migration, vom Aufbau eines Bedrohungsszenarios, an dem sich auch die FAZ beteiligt. Unmittelbar nach den Anschlägen in Paris vom 7. Januar 2015 änderte sich die Ausrichtung der FAZ-Kommentatoren. Wo zuvor gesagt wurde, dass extrem Rechte die „Trittbrettfahrer" der ‚bürgerlichen' Pegida seien, spricht man nun von „verführten Deutschen" und einem politischen Bodensatz mit radikalen Ansichten (Kohler, 8.1.2015). Das Bündnis sei realitätsfern (Von Altenbockum, 15.1.2015), eine Bewegung der Unvernunft, ein „Sammelsurium der Unzufriedenheit" (Von Altenbockum, 15.01.2015), eine „Melange aus Wut und Vorurteil" (Veser, 19.1.2015) mit „abenteuerlichen Behauptungen" (ebd.). Pegida zeige keine Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen (Vgl. Von Altenbockum, 16.1.2015.) und tue Deutschland nicht gut. (Vgl. Veser, 19.1.2015.)

Wenn auch Pegida nicht nur wegen der Ablehnung der bürgerlichen Medien nun in die Kritik gerät, sondern ihr antimuslimischer Rassismus kritisch bewertet wird, so bedeutet das nicht, dass Pegidas grundlegende Aussagen zum Islam verneint

Sebastian Reinfeldt
„Wir für Euch"
Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise
Edition DISS Bd. 33; Münster: Unrast
144 S., 16 Euro.

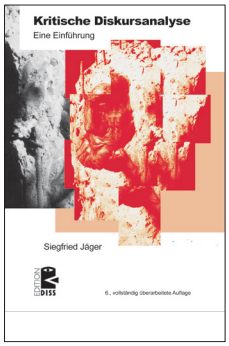
Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschließungen und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen ›Begründungen‹ in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.

Siegfried Jäger / Jens Zimmermann
(hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)
Lexikon Kritische Diskursanalyse
Eine Werkzeugkiste.
Edition DISS Bd. 26 , Münster: Unrast
144 S., 16 Euro

Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger
Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung
Nachdruck der 6. vollständig
überarbeiteten Auflage
Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast
258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Siegfried Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositivanalytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

werden. Weiterhin gelten den Kommentatoren die Grenzen zwischen Islam und Islamismus als fließend. (Kohler, 8.1.2015.) Gegenreaktionen auf Pegida werden in der FAZ aber weiterhin als ungerechtfertigte „Meinungsverbote", „Diffamierungen" und Verallgemeinerungen bewertet.

Nach den rassistischen Ausschreitungen in Heidenau wird Pegida mehr und mehr in ein extremismustheoretisches Modell eingeordnet. Spätestens mit der Skandalisierung von Bachmanns Hitler-Foto und der Spaltung von Pegida, änderte sich die Stimmung in der FAZ dann drastisch. Pegida wird nun als doppelbödig und orientierungslos (vgl. Von Altenbockum, 30.1.2015.) sowie als verantwortungslos und unprofessionell (vgl. Von Altenbockum, 9.7.2015.) charakterisiert. Das Netzwerk sei „schleichendes Gift", es handele sich um einen „Bürgerkrieg der Worte" und richte sich gegen alles, was „unseren Staat und unsere Gesellschaft" ausmache (Von Altenbockum, 14.3.2015). Pegida entspringe jetzt nicht mehr dem Bürgertum, sondern wird als „Wutbürgertum" dargestellt. (Von Altenbockum, 30.1.2015) Von Altenbockum schreibt, Pegida würde „gegen eine ‚gleichgeschaltete Lügenpresse' mit all ihrem Hass hetzen" und „der Demokratie damit leise Servus sagen". (Von Altenbockum, 14.3.2015) Er benennt klar neonazistische Einflüsse auf den Pegida-Demonstrationen – ein Novum für die FAZ. (Vgl. Von Altenbockum, FAZ, 27.1.2015.) In der FAZ liest man zu dieser Zeit ebenso Kritiken an den Inhalten Pegidas. Diese seien unbestimmt und nicht ernsthaft. (Vgl. Von Altenbockum, 18.2.2015.) Migrationspolitische Kritiken von Pegida werden aber weiterhin geteilt. Pegida wird in der Zeit nach den Ereignissen in Heidenau 2015 in den Diskurs zur extremen Rechten eingeordnet. Deckers spricht von einem „Extremismus à la Pegida" (Deckers, 20.10.2015) und Günter Bannas sieht Pegida im gleichen Zusammenhang als außerhalb des demokratischen Konsenses. (Vgl. Bannas, 20.10.2015.) Inhaltlich wird in dieser Phase weniger auf Pegidas migrationspolitische Aussagen eingegangen, als auf ihre System- und Medienkritik, während diese Inhalte als antidemokratische Ausdrücke und einfache Antworten gewertet werden. Dialog gilt in der FAZ gegen Ende des Jahres 2015 nicht mehr als Optimum. Als Lösungsstrategie des Problems Pegida gilt den FAZ-Autoren nun der Verfassungsschutz. Dieser solle Pegida beobachten. (Vgl. Deckers, 24.10.2015.)

Die Kommentierung der FAZ von AfD und Pegida zeigt gewisse Ähnlichkeiten. In der Gründungsphase der AfD wie auch zu Beginn der Pegida-Demonstrationen werden beide Netzwerke zunächst normalisiert und also zur politischen Mitte' gezählt. Einschätzungen, es handele sich um extrem rechte oder rechtspopulistische Formationen, werden als Diffamierungen zurückgewiesen – stets mit einem Verweis auf eine vermeintliche Political Correctness. So werden diejenigen, die sich gegen eine Ausgrenzung von Minderheiten wenden, selbst zu Ausgrenzenden. Die Abgrenzungen der FAZ zu AfD und Pegida dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem im migrationspolitischen Bereich die Problematisierungen der Rechten geteilt werden. Migration, Flucht und Islam werden als Problemfelder wahrgenommen und der Wunsch nach einer Reduktion von Geflüchteten mitgetragen. Dieser ideologische Standpunkt ändert sich in der FAZ nicht, genauso wenig wie die Einschätzung, dass Deutschland, selbst nach den beiden verabschiedeten Asylrechtsverschärfungen, eine zu liberale Flucht- und Migrationspolitik praktiziere. Auch die Kritik unter dem Stichwort ‚Lügenpresse' wird teilweise geteilt. Es ist die Figur der Meinungsfreiheit, die hier eingeführt wird, sowie die Vorstellung einer linken gesellschaftlichen Hegemonie.

Die FAZ beteiligt sich, so kann resümierend festgehalten werden, als konservatives Flaggschiff in Deutschland an einer Normalisierung rechtspopulistischer Inhalte, an einer Ausweitung des hegemonialen Sagbarkeitsfeldes nach rechts und an einem Einschluss extrem rechter Gruppierungen in die politische ‚Mitte' bei gleichzeitiger Diskreditierung antirassistischer und emanzipativer Kritiken.

Regina Wamper ist Mitarbiterin des DISS. Roisin Ludwig ist Politikwissenschaftlerin und Soziologin in Frankfurt am Main.

Björn Milbradt, Floris Biskamp, Yvonne Albrecht, Lukas Kiepe (Hg.):
Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien, Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich 2017, 220 Seiten, 24,90 Euro.

Eine profunde Auseinandersetzung mit dem Rechtsruck in Deutschland

Eine Rezension von Michael Lausberg

Der vorliegende Sammelband basiert auf der Ringvorlesung „Lügner, Fremde, Konspirateure –Feindbilder der extremen Rechten, Feindbilder der Mitte“ im Wintersemester 2015/2016 der Universität Kassel.

Bis vor einigen Jahren waren extrem rechte Ideologeme lediglich auf der Einstellungsebene weit verbreitet, spiegeln sich jetzt aber auch auf der Handlungsebene wider. (9) Dies lässt sich an den Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen von Pegida, den Wahlerfolgen der AfD und an den hohen Anschlagszahlen gegen die Unterkünfte von Geflüchteten ablesen. Gesellschaftliche Komplexität und Vielfalt werden dabei zugunsten einer Sehnsucht nach Sicherung und Wiederherstellung einer in Gefahr geratenen „völkischen Identität“ abgewehrt.

Das Ziel des Sammelbandes besteht darin, die sozialen und psychologischen Mechanismen herauszuarbeiten, die dazu führen, dass Rassismus und andere Elemente extrem rechter Ideologie für weite Bevölkerungskreise attraktiv werden und ermöglichen, dass sie gesellschaftlich wirkmächtig und hegemoniefähig werden.

Im ersten Teil werden verschiedene theoretische Perspektiven auf die Problemstellung aus sozialpsychologischer, psychoanalytischer und sprachpragmatischer Perspektive eröffnet.

Im zweiten Teil des Buches geht es um die Ebene gesellschaftlicher Diskurse und medialer Bilder. Verschiedene Autor_innen beschäftigen sich mit dem deutschen Einwanderungsdiskurs seit 1945, der Diskussion um die „Silvester-Ereignisse“ in Köln 2015 und die damit verbundene rassistische Externalisierung sexualisierter Gewalt, rechter Geschlechterpolitik, und der Verwendung der Begriffe „Gutmenschen“ und „Lügenpresse“.

Im dritten Teil des Bandes wird analysiert, welche Möglichkeiten Bildungsarbeit gegen rechte Ideologien und Strategien besitzt. Floris Biskamp regt an, dass politische Bildungsarbeit sich nicht einseitig auf rechte Täter_innen konzentrieren sollte, sondern die Aufgabe hätte, die Abwehrkräfte der nicht rechtsaffinen Mehrheit zu stärken und die Opfergruppen zu empowern. Eva Georg, Vertreterin einer antirassistischen Bildungsarbeit, kritisiert, dass das Problem des Rassismus auf einen extrem rechten Rand reduziert wird, während alltagsrassistische Praktiken und Privilegien der weißen Mehrheit ausgeblendet bleiben. Christopher Vogel setzt

Margarete Jäger / Regina Wamper (Hg.)
Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung.
Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016
Duisburg 2017, 209 Seiten, PDF-Datei

Die Analyse des Mediendiskurses zeigt, dass und wie sich innerhalb weniger Monate das Sagbarkeitsfeld in der Flüchtlingsdebatte ein Richtung einer Problematisierung von Flucht verschob. Welche diskursiven Mechanismen dazu beitrugen, und vor allem welches Wissen über Flucht und Geflüchtete, über Asyl und Rassismus transportiert wurde, ist zentraler Gegenstand der Untersuchung.

Die Ergebnisse sind ernüchternd. Diskursiv wurde ein Notstand ausgerufen oder prognostiziert, durch den die Fluchtbewegungen denormalisiert wurden. Die Geflüchteten wurden in ‚legitime’ und ‚illegitime’ sortiert und die Ereignisse in die Nähe einer Naturkatastrophe gestellt. All dies eignet sich dazu, Abwehr gegen Flüchtende zu erzeugen und weiteren Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl hinzunehmen. Es evoziert somit Rassismus und trägt zu einem angespannten gesellschaftlichen Klima bei. Aussagen, die früher als extrem rechts oder rassistisch bewertet wurden, sind heute mediopolitischen Diskurs sagbar.

Die Studie ist abrufbar unter: http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf

AK Antiziganismus im DISS
Stimmungsmache
Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahreneinschätzung am Beispiel Duisburg
2015 Online-Broschüre
DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgschancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel.
Autor_innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann

abrufbar unter: www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks
Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg
2014 Online-Broschüre
DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

abrufbar unter:
www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche--Online-Broschuere--2014.pdf

sich mit der Frage auseinander, in welchen alltäglichen oder professionellen Kontexten die Einzelnen mit Argumenten gegen rechte Ideologie angehen können.

Im abschließenden Teil wird auf der Basis der Ergebnisse der vorherigen Beiträge die Perspektive auf die Frage politischer Gegenstrategien erweitert. Die Grundthese lautet: „Die Grundlage hierfür muss insbesondere der Bildungssektor schaffen, der möglichst allen Menschen ein vertieftes Verständnis moderner Gesellschaften, ihrer Widersprüche, Ambivalenzen und Zumutungen ermöglichen sollte, anstatt erst punktuell zu intervenieren, wenn sich rechtsextreme Szenen oder gar ‚national befreite Zonen' verfestigen." (10)

Die beiden wichtigsten Strategien bestehen darin, einerseits rechte Propaganda als solche zu bezeichnen und argumentativ zurückzuweisen und sich andererseits die Themen der öffentlichen und politischen Debatte nicht von rechten Akteur_innen aufzwingen zu lassen. Stattdessen sollten Themen wie Wohnungsbaupolitik, Arbeitsmarktpolitik, Steuer- und Bildungspolitik in den Vordergrund gerückt werden. Dann würde deutlich, dass die AfD und andere rechte Gruppen zu diesen Fragen nichts beizutragen haben und ihre Attraktivität dürfte nachlassen. (216)

Die hier gut herausgearbeiteten Thesen der politischen und pädagogischen Strategien gegen den Rechtsruck bedürfen allerdings aus meiner Sicht einiger Ergänzungen. Seit Ende der 1980er Jahre exstieren im britischen Raum gewinnbringende Ansätze einer antiracist education (Troyna 1987), die durch Epstein und Gillborn (Quehl 2000) weiterentwickelt wurden und die auf die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der BRD übertragen werden sollten. Diese Ansätze blieben bisher jedoch Randerscheinungen in der politischen Bildungsarbeit. Weiterhin ist die Befähigung im Umgang mit kulturellen Differenzen im pädagogischen Alltag zu betonen (Prengel 1995, Holzbrecher 1997, Auernheimer 2001), die bislang auch ein Nischendasein fristet. Multiperspektivische Bildung in der Schule (Reich/Holzbrecher/Roth 2000, Gillborn 2000), vor allem angewandt im interreligiösen Unterricht, ist bislang keine weit verbreitete Alternative in der Bildungspolitik.

Die diskutierten Gegenstrategien beschränken sich dabei auf die Bereiche der Bildung und der Politik. Ökonomische Ansätze wie die Abkehr vom Neoliberalismus, wo ein Kampf aller gegen alle herrscht und Solidarität nicht zählt, und das Versagen des Sozialstaates fehlen hier komplett. Dass es Überschneidungen zwischen der neoliberalen und der extrem rechten Ideologie in Form des Sozialdarwinismus gibt, wird ebenfalls nicht näher thematisiert.

Insgesamt gesehen bietet das Buch aber eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsruck in der Bundesrepublik der letzten Jahre auf hohem Niveau. Klar gegliedert, argumentativ und mit viel Hintergrundwissen ausgestattet, ist die Anschaffung dieses Sammelbandes zu empfehlen.

Zusätzliche Literatur

Auernheimer, G. (Hg.) 2001: Interkulturalität im Arbeitsfeld Schule. Empirische Untersuchungen über Lehrer und Schüler. Interkulturelle Studien 8. Opladen.

Gillborn, D. 2000: Rassismus, Identität und Moderne: Pluralismus, moralischer Antirassismus und modellierbare Ethnizität. In: Quehl, T. (Hg.), Schule ist keine Insel. Britische Perspektiven antirassistischer Pädagogik. Münster, 72-96

Holzbrecher, A. 1997: Wahrnehmung des Anderen. Zur Didaktik interkulturellen Lernens. Opladen.

Prengel, A. 1995: Pädagogik der Vielfalt. Verschiedenheit und Gleichberechtigung in Interkultureller, Feministischer und Integrativer Pädagogik, 2. Auflage, Opladen.

Reich, H. H./Holzbrecher, A./Roth, H.-J. (Hg.) 2000: Fachdidaktik interkulturell. Ein Handbuch. Opladen.

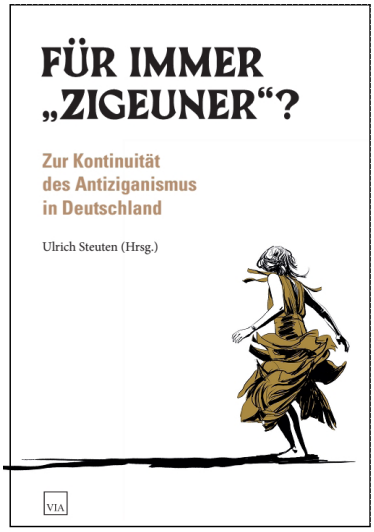
Troyna, B. 1987: Beyond Multiculturalism: towards the enactment of anti-racist education in policy, provision and pedagogy. In: Oxford Review of Education, Vol 13, No.3, S. 307ff.

Dr. Michael Lausberg ist Mitarbeiter des DISS.

Kontinuität des Antiziganismus aus verschiedenen Blickwinkeln

Eine Rezension von Alexandra Graevskaia

Was wissen wir über die Lebenssituation von Roma und Sinti in Deutschland? Nicht viel. Und das was wir wissen, ist oft durch Stereotype geprägt. Damit will der vom „Verband für interkulturelle Arbeit – VIA e.V." herausgegebene Sammelband brechen.



Ulrich Steuten (Hg.):
Für immer „Zigeuner" – Zur Kontinuität des Antiziganismus in Deutschland.
Duisburg: 2017, 159 S., 14,80 €

Aus einer rassismuskritischen Haltung vermitteln die Autor_innen des Bandes Informationen über die Lebenssituation von Roma und Sinti in Deutschland mit politischen, historischen, soziologischen und (sozial)-pädagogischen Perspektiven und richten sich dabei an das „fachlich interessierte[...] Publikum" (8). Die aus diesen unterschiedlichen Perspektiven verfassten elf Beiträge haben eins gemeinsam: Sie veranschaulichen immer wieder, wie heterogen die Gruppe der Sinti und Roma ist und gleichzeitig auch, dass die Sicht auf alle von der Dominanzgesellschaft als „Zigeuner" markierte Menschen durch eine Gemeinsamkeit – den Antiziganismus – geprägt ist. Ob am eigenen Leib erfahren oder in den familiären Erinnerungen aus dem Nationalsozialismus und der Diskriminierung danach, die einzelnen Individuen mussten jeweils einen eigenen Umgang damit finden.

Wie dies Einfluss auf die Identitätsbildung nimmt, zeigt Merfin Demir in seinem Beitrag über Empowerment-Arbeit mit Roma-Jugendlichen. Dabei betont er: Es sind in erster Linie Jugendliche und erst an zweiter Stelle Roma. Neben der sozial-pädagogischen Perspektive auf das Thema Empowerment erläutert er auch, was hinter den Bezeichnungen „Sinti_za" und „Rom_nja" steht und warum diese kein Synonym zum „Z-Begriff" darstellen. Letzteres benutzt Demir als Abkürzung für die Fremdbezeichnung „Zigeuner" „um die Reproduktion der rassistischen Konstrukte, die mit dem Begriff ‚Zigeuner' verbunden sind, auf das Minimum zu reduzieren" (44). Solange rassistische Konstrukte in den Köpfen existieren, ist jedoch fraglich, ob eine Abkürzung stigmatisierender Begriffe in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen zum erwünschten Ziel führt. So sehen es wohl auch andere Autor_innen des Bandes, die den „Zigeuner"-Begriff in kritischer Distanz benutzen um seine Rolle im Antiziganismus zu analysieren (vgl. u.a. 104f., 117).

In diesem Umgang spiegeln sich die unterschiedlichen Theorien und Herangehensweisen in der Antiziganismusforschung wieder – der Sammelband gibt den Leser_innen damit einen Denkanstoß sich weiter zu informieren und eine eigene Meinung zu bilden. So vielfältig die Perspektiven des Sammelbandes sind, kann er natürlich nicht alle Aspekte zum Thema Antiziganismus erfassen, jedoch bietet er durch eine Fülle an Informationen mehr als nur einen groben Überblick über die verschiedenen Blickwinkel auf Antiziganismus aus Wissenschaft und Praxis.

Die im Titel angekündigte Kontinuität des Antiziganismus setzt sich Stück für Stück bei der Lektüre der einzelnen Beiträge im Kopf der Leser_innen zusammen, wird aber auch im Beitrag von Anne Klein, die auf Erinnerungskultur und Pogromstimmung in der BRD eingeht und Linien von damals zu heute zeichnet, besonders deutlich.

In den Sammelband fließen sowohl historische Erzählungen, wie bspw. die Biographie des Boxers Johann Wilhelm „Rukeli" *Trollmann*, an der die Verfolgung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus exemplarisch erläutert wird, als auch tagesaktuelle Ereignisse, wie beispielsweise die Zwangsräumungen von Wohnungen in Duisburg, durch die Roma-Kindern und -Jugendlichen die Chance auf eine Teilhabe an der Gesellschaft genommen wird, ein. Antiziganistische Stigmatisierung und Ausgrenzung in Duisburg thematisiert auch Zakaria Rahmani in seinem diskursanalytischen Beitrag über die lokale Berichterstattung, die „von rassistischen Ressentiments durchwachsen ist" (126).

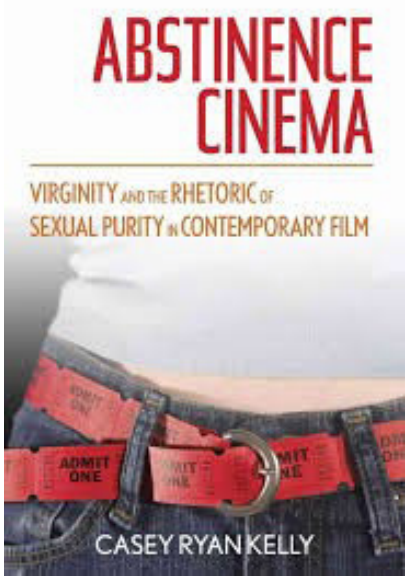
Das sprachliche Niveau der Beiträge ist nicht einheitlich. Während Jens Kortkamp die Bedeutung des Begriffs „Heimat" bei der Ausgrenzung ethnischer Minderheiten in mit wissenschaftlichen Begriffen durchdrungener Sprache erläutert, berichtet Michael Fröhlich anschaulich in verständlicher Sprache über das Jugendprojekt „Angekommen! Roma-Jugendliche in Dortmund und Duisburg" (AIDD). Was die Beiträge gemeinsam haben, ist die Strukturierung in kurze Unterkapitel, die das Lesen deutlich erleichtern.

Nicht nur die Inhalte, sondern auch die aufwendig gestalteten Illustrationen (vgl. http://www.bosoremsky.de/roma.html) laden dazu ein, das Buch in seine Sammlung aufzunehmen, wobei man sich über die Lesefreundlichkeit bronzefarbener Fußnoten streiten kann. Insgesamt überzeugt der Sammelband durch seine gut strukturierten und interessanten Beiträge, die leider nicht alle in dieser Rezension gewürdigt werden können. Die Stärke des Sammelbandes ist es, dass er unterschiedliche Perspektiven vereint, so dass auch diejenigen, die sich bereits mit Antiziganismus auseinander gesetzt haben, etwas neues lernen können.

Alexandra Graevskaia ist Mitarbeiterin des DISS.

Englischsprachige Forschungsliteratur

In Ausgabe 32 (2016) des DISS-Journals hat *Jobst Paul* neuere amerikanische Literatur rezensiert. Auf den nächsten drei Seiten stellt er weitere spannende Bücher vor, die bei uns so gut wie unbekannt sind.



Angst und Enthaltsamkeit
Casey Ryan Kelly, Abstinence Cinema: Virginity and the Rhetoric of Sexual Purity in Contemporary Film. New Brunswick: Rutgers University Press, 2016. 210 S.

Wie schlägt sich der US-evangelikale Sexual-, Familien- und Männlichkeitsdiskurs im Hollywood-Film nieder?[1] Dieser Frage geht Casey Ryan Kelly in *Abstinence Cinema* anhand einiger filmischer Fallstudien zum Thema ‚Enthaltsamkeit vor der Ehe' nach. Kelly untersucht dazu die Film-Adaptionen von *Twilight* (2009 - 2012), die Streifen *The 40-Year-Old Virgin* (2005), *The Possession* (2012), *Taken* (2008) sowie eine Reihe satirischer Annäherungen ans Thema.

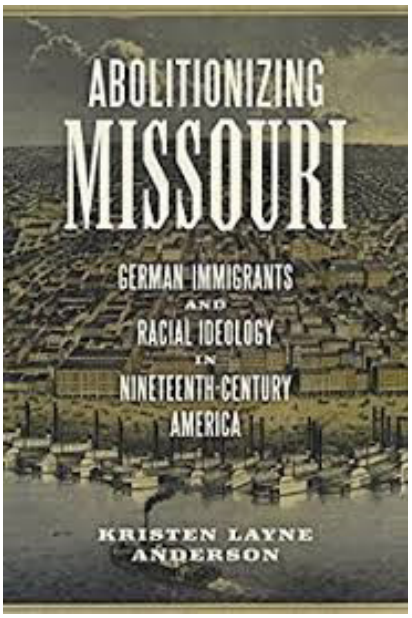
Sie alle vermarkten nicht nur ein publikumswirksames Thema, das in den USA seit etwa 2000 im Zusammenspiel der radikal-evangelikalen und der rechtsextremen Bewegung entfacht wurde. Die Filme stehen auch für verschiedene Varianten, der Forderung nach ‚Enthaltsamkeit vor der Ehe' einen progressiven Anstrich zu geben. Oder anders: Es handelt sich einerseits um propagandistische Antworten auf die Diskurse des Feminismus/LGBT und zugleich um Versuche, am liberalen Image dieser Diskurse zu partizipieren.

So deutet *Twilight* die restriktive Botschaft von ‚virginity' als feministische ‚choice' und ‚empowerment', während die männliche Seite in Gestalt eines Vampirs mit entsprechend abschreckender, raubtierhafter Sexualität ausgestattet wird. In *The 40-Year-Old Virgin* erscheint ‚abstinence' als Option der Umkehr und Läuterung in einer ‚Welt der Beliebigkeit'. In *The Possession* wird ein – hier nicht vom Vampir, sondern – vom Dämon beherrschtes Mädchen erst geheilt, als ihre autoritative Beziehung zum Vater wieder hergestellt wird.

Und in *Taken* wird (ähnlich wie in Twilight) weibliche Reinheit wilder maskuliner Sexualität gegenübergestellt, hier aber ergänzt (wie in *The Possession*) durch die Vaterfigur des "great white protector", der - wie im kolonialistischen Narrativ - als Retter auftritt. Es scheinen also wenige, untereinander variierte Versatzstücke zu sein, deren Repetition vor allem bei Jugendlichen für den Erfolg dieser Filme an der Kasse sorgt.

Kelly macht auf die wenig bekannte Tatsache aufmerksam, dass die evangelikale Bewegung dafür sorgte, dass im Adolescent Family Life Act (AFLA) von 1981 die Forderung nach ‚Enthaltsamkeit vor der Ehe' politischen Status erhielt. Seitdem hat die US-Regierung 1,5 Milliarden Dollar für abstinence-only education ausgegeben.

1 Ich referiere hier die wichtigsten Aspekte der Rezension von Hannah Dudley Shotwell (University of North Carolina, Greensboro), einsehbar unter https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=47113.



Opportunismus und Radikalisierung (1848-1870) – Zum ideologischen Weg der deutschen Minderheit in Missouri[1]
Kristen Layne Anderson: Abolitionizing Missouri: German Immigrants and Racial Ideology in Nineteenth-Century America. Baton Rouge: Lousiana State University Press, 2016. 272 S.

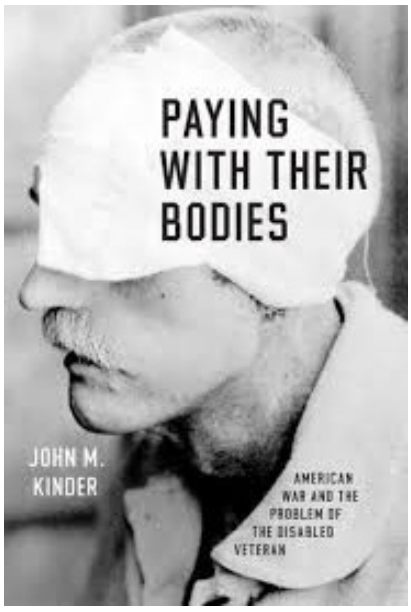
In den letzten Jahren kam es zu einer Differenzierung der Rolle, die die deutsche Diaspora in den USA in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts spielte, insbesondere im Grenzstaat (zum Süden der USA) Missouri und seiner Metropole St. Louis. In ihrer Untersuchung *Abolitionizing Missouri*: German Immigrants and Racial Ideology in Nineteenth-Century America widerlegt Kristen L. Anderson die These, dass die deutschen Einwanderer alle idealistische Humanisten waren, die für die Abschaffung der Sklaverei kämpften. Die Autorin weist vielmehr nach, dass die Deutsch-Amerikaner in St. Louis in der Sklavenfrage opportunistisch taktierten und dass sich zwischen 1848 und 1870 eine Entwicklung in ihren Einstellungen zu Rasse, Gender, Klasse und Religion vollzog.

Vor dem Kansas-Nebraska Act (1854) teilten die Deutschen in Missouri die Doppelstandards überall in den Staaten: Sie nahmen die Sklaverei hin, bis unter ih-

1 Ich referiere hier die wichtigsten Aspekte der Rezension von Sarah Panter (Leibniz Institute of European History), einsehbar unter https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=46925.

nen Bedenken aufkamen, dass die Sklaverei die Westexpansion behindern könnte. Schon mit diesen Bedenken machte man sich allerdings unbeliebt, obwohl nur eine Minderheit der Deutsch-Amerikaner, vor allem die Exilanten der 1848er Revolution rein humanitäre Positionen vertraten.
Während des Bürgerkriegs tendierte die deutsche Minderheit mehrheitlich zu den Republikanern (die damals die Sklaverei abschaffen wollten), um nicht ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen im Grenzstaat Missouri zu gefährden. Nach der Emancipation Proclamation von 1863 brachen jedoch Flügelkämpfe auf, zwischen den Radikalen, die für die schrittweise Emanzipation der Versklavten plädierten, und den Konservativen, die sich der aufkommenden Rassenlehre anschlossen. Mit dem 15ten Verfassungszusatz von 1870, der die Gleichstellung der Schwarzen postulierte (und das mit der deutschen Reichsgründung zusammenfiel), kam es zur ideologischen, rassistischen Radikalisierung der Mehrheit der Deutschen in Missouri.

Die Untersuchung von Kristen L. Anderson stellt ausdrücklich eine regionale Fallstudie dar. Deshalb fehlt weitgehend die Kontextualisierung mit der Geschichte der Deutschen in den USA insgesamt, aber auch ein Abgleich mit der europäischen, bzw. deutschen Geschichte der Zeit.



Das zweite Trauma: Veteranen und der amerikanische Traum[1]

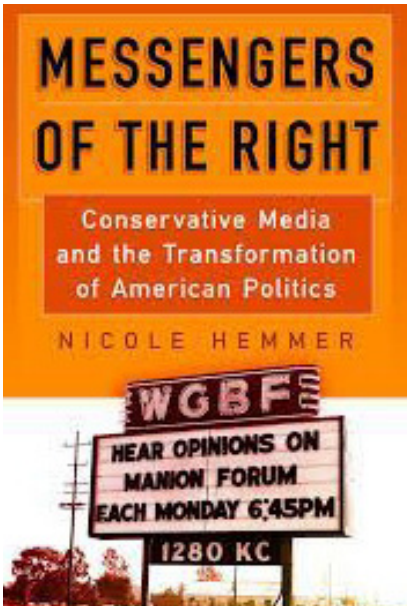
John M. Kinder: Paying with Their Bodies: American War and the Problem of the Disabled Veteran. Chicago: University Of Chicago Press, 2015. viii + 358 S.

John M. Kinder unterstreicht in seiner Untersuchung *Paying with Their Bodies:* American War and the Problem of the Disabled Veteran, dass das Schicksal der im Krieg psychisch und physisch verletzten US-Veteranen im gesamten Spektrum der öffentlichen Meinung, aber auch – mit dem Vorzeichen ‚Patriotismus' - von jeweiliger Regierungsseite instrumentalisiert wurde und wird. So verwenden Veteranengruppen, aber auch die Anti-Kriegsbewegung Bildnisse behinderter Veteranen für ihre jeweiligen Argumentationsziele. ‚Der behinderte Veteran' kann so zum Objekt von Bewunderung, Angst, Spott und Gedenken werden. Damit wird aber auch Behinderung schlechthin zu einer variablen ‚Konstruktion' und öffnet sich daher auch jeder Form der Stereotypisierung.

Für die tatsächlich Betroffenen dient seit dem Ende des Ersten Weltkriegs die Veterans Administration (VA) als zuständige Bürokratie für verwundete US-Soldaten. Ihre Entwicklung war von zeitgenössischen Idealen der Männlichkeit, vom Versuch der Wiedereingliederung der Veteranen in den Arbeitsmarkt, aber auch von exzessiver Bürokratie geprägt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat allerdings eine ambivalente Entwicklung eingesetzt, bei der die amerikanische Öffentlichkeit für ‚Verluste' immer weniger Verständnis entwickelte. Mit der folgerichtigen Abschaffung der Wehrpflicht und dem Aufbau einer Berufsarmee nahm die Öffentlichkeit weniger wahr, wie stark nun benachteiligte Minderheiten für den Kriegsdienst rekrutiert wurden, d.h. wie stark diese Rekrutierung rassistisch unterlegt war. Hinzu kommen Politiken und Technologien, die dafür sorgen, so wenig US-amerikanische Tote und Verletzte wie möglich zu riskieren. Tatsächlich ist es so trotz immer noch erheblicher ‚Verluste' gelungen, den Glauben der amerikanischen Öffentlichkeit an militärische Mittel, aber auch an die 'Heilbarkeit' von Behinderung zu erhalten. Der Glaube hat mit der Professionalisierung der US-Streitkräfte sogar noch zugenommen, und mit der Tatsache, dass immer weniger Amerikaner aufgrund der Technologisierung der Kriegsführung direkt vor Ort involviert sind. Kurz: Was Kriege anrichten, gerät immer mehr aus dem Blickfeld. Daher erhofft sich Kinder die Entwicklung einer interdisziplinären ‚Veteranologie', die das Thema wieder ins öffentliche Bewusstsein rückt.

1 Ich referiere hier wichtige Aspekte der Rezension von Meghan Fitzpatrick (Royal Military College of Canada), einsehbar unter https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=46619



Rechtspopulistische Drehbücher – Trump's Vorläufer

Nicole Hemmer, Messengers of the Right: Conservative Media and the Transformation of American Politics. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2016. 336 S.[1]

Nicole Hemmer beschreibt in Messengers of the Right: Conservative Media and the Transformation of American Politics die Vorläufer der heutigen rechten US-Propaganda-Medien (z.B. Breitbart News). Sie spricht dabei, kulminierend in den Präsidentschaften von Richard Nixon (1969-1974) und Ronald Reagan (1981-1989),

1 Ich referiere hier wichtige Aspekte der Rezension von Seth Offenbach (Bronx Community College, CUNY), einsehbar unter https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=48861 .

von einer ersten und zweiten Generation rechter Medienaktivisten, wobei die Präsidentschaft Donald Trump nun Ergebnis der dritten konservativen Medienoffensive wäre – möglicher Weise aber auch ihr neues Opfer.

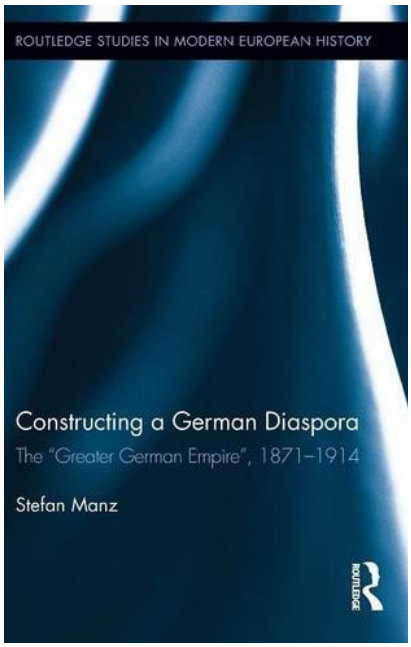
Erster Schwerpunkt der Untersuchung sind die (republikanischen) Medien-Aktivisten William F. Buckley, Clarence Manion und Henry Regnery, die ihr Publikum mit eigenen 'Wahrheiten' und 'Beweisen' unterhielten: mit "a different network of authorities, a different conception of fact and accuracy, and a different way of evaluating truth-claims" (S. xiii). Schwerpunkt ihrer Offensiven wurden die Zeitschriften *Human Events* und *National Review* sowie die Radiosendung *Manion Forum of Opinion*.

Äußerer Anlass war die moderate Politik der republikanischen Präsidentschaft Dwight Eisenhower's. Das taktische Mittel aber bestand darin, den eigenen Außenseiter-Status in eine Opferrolle umzumünzen, um auf diese Weise Geldgeber zu aktivieren. Tatsächlich antworteten die hegemonialen Medien mit Delegitimierungskampagnen, die zu entsprechenden Antworten von rechtsgerichteten Philanthropen führten. Diskursiv entscheidend wurde aber der ‚große' Empfang, den Dwight D. Eisenhower und sein Vizepräsident Richard Nixon dem sowjetischen ZK-Vorsitzenden Nikita Khrushchev (September 1959) bereiteten: Die amerikanische Rechte etablierte sich als mediale und als politische Kraft.

Besonders denkwürdig in Nicole Hemmers Darstellung sind vor allem zwei strukturelle Phänomene, die an die heutigen diskursiven, dialektischen Prozesse erinnern, die unter den Kürzeln Trump und Populismus eine neue Dynamik erfahren.

So antworteten (erstens) die Mainstream-Medien, indem sie die Verästelungen des rechten Netzwerks im konservativen Lager nachwiesen und so Spannungen und Zerreißproben im rechten Lager provozierten. Die exekutive Politik dagegen antwortete (1963, dann unter J.F. Kennedy) mit einer sogenannten *Fairness Doctrine*, die Journalisten auf "multiple perspectives" verpflichten wollte, worauf ein Teil der Medien sich von den rechtsextremen Medienmachern trennte.

Zweitens wurden die rechtskonservativen Machtübernahmen durch Richard Nixon und Ronald Reagan zum Anlass tiefer Enttäuschungen im rechten Lager und zu radikalen Abspaltungen, die ihrerseits zu Sammelpunkten weiterer Generationen rechter medial-politischer Akteure wurden. Ein Mangel der Untersuchung ist allerdings die fehlende Tiefenanalyse des christlichen Fundamentalismus.



Nationalistische Dynamik von außen - Die ‚Auslandsdeutschen' und der deutsche Imperialismus (1871-1918)

Stefan Manz, Constructing a German Diaspora: The "Greater German Empire", 1871-1918. Oxford : Routledge Taylor & Francis Group, 2013. 360 S.

Mit der Umdeutung des Begriffs des Auswanderers in den Auslandsdeutschen schufen Blätter wie die *Die Gartenlaube* (1853-1900) und *Globus* (1862-1910) Ende des 19. Jahrhunderts einen neuen Erzählraum und Absatzmarkt. Sie reagierten damit aber nur auf die Entstehung einer weltweiten deutschen Diaspora, die sich als äußerer Arm des deutschen Nationalismus verstand.

Stefan Manz betont in *Constructing a German Diaspora: The „Greater German Empire", dass* die erstaunlich intensive Vernetzung dieser Diaspora entlang eines deutsch-nationalistischen Codes (Deutschtum) keineswegs ‚aus dem Reich' dekretiert oder organisiert war, sondern einer Eigendynamik folgte, die den Begriff Heimat nun auf die Überseegebiete ausdehnte. Diese Dynamik trieb freilich wiederum die nationalistische Formierung ‚im Reich' in Gestalt einer sogenannten ‚deutschen Weltpolitik' in gewisser Weise vor sich her. Manz führt die Intensität der Vernetzung und der Ideologisierung der Diaspora darauf zurück, dass sich ihre Träger aufgrund der eher geringeren Rolle des deutschen Kolonialismus eine Art migrantischer Identität zulegten.

Manz beschreibt innerdeutsche organisatorische Stützpunkte der Diaspora wie die Deutsche Kolonialgesellschaft, den Alldeutschen Verband oder die Rheinische Mission, insbesondere aber die Flottenvereine. Denn Kriegsschiffe repräsentierten die Verbindung zwischen dem innerdeutschen Nationalismus und dem der Diaspora. Berlin bildete für die dezentralen weltweiten Aktivitäten dieser Diaspora allerdings nur einen symbolischen Bezugspunkt. Viel einflussreicher waren ein globales Netzwerk von Clubs, mit Sektionen in allen Erdteilen, eine Kultur der gemeinsamen nationalen Rituale, ein völkisch orientiertes System der Auslandsschulen, die das Deutsche hochhielten, und – als die bedeutsamste intellektuelle Klammer der Auslandsdeutschen – der Protestantismus.

Das zunehmend deutsch-nationalistische Selbstverständnis der deutschen Diaspora-Gemeinschaften sorgte freilich auch dafür, dass sie sich isolierten und in ihren jeweiligen ‚Habitats' im Zusammenhang von Weltkriegen und deutschem Faschismus u.a. zu Zielscheiben des Hasses und der Feindseligkeit wurden.

It‘s not over till it‘s over: Wie Großbritannien sich am Brexit abarbeitet.

Robert Tonks, Vorsitzender der Deutsch-Britischen Gesellschaft Duisburg, im DISS-Interview. Das Gespräch führte Jobst Paul.

DISS: Von außen erscheint die derzeitige Lage in Großbritannien einerseits bestimmt von der traumatischen Verarbeitung der Brexit-Entscheidung und andererseits von permanenten Anrufungen einer neuen Zukunft. Will die Regierung über die so kurzfristig angekündigten Neuwahlen die Brexit-Abstimmung vielleicht doch noch einmal zur Disposition stellen?

Robert Tonks: Wenn die Regierung für das Ausrufen der Unterhauswahlen einen solchen Beweggrund hätte, wäre das für sie sicherlich ein risikoreiches Snookerspiel über mehrere Bande. Traditionsgemäß ist Tory die Partei der Unternehmen, von denen die Mehrheit den zollfreien Binnenmarkt beibehalten will. Die Premierministerin muss diesen Flügel befrieden. Theresa May ist ja als Premierministerin nicht demokratisch gewählt worden, sondern innerparteilich gesetzt. Mit der Wahl würde May ihre Macht stabilisieren. Sie glaubt, dass ein Wahlsieg ihre Verhandlungsposition gegenüber der EU stärken wird. Auch wenn sie behauptet, dass sie lieber auf den Binnenmarkt verzichten würde, als eine schlechte Vereinbarung zu treffen, glaube ich aus heutiger Sicht, dass die Regierung immer noch davon ausgeht, dass es möglich ist, den ungestörten Zugang zum Binnenmarkt beizubehalten - trotz lautstarker Proteste aus der EU und einigen EU-Mitgliedsstaaten. Weder eine Regierung von Labour noch von Tory wollte je die Politische Union, die einen Bruch mit der über Jahrhunderte gewachsenen Wirtschaftsphilosophie des Landes darstellen würde. Denn frei nach Adam Smith entsteht der Wohlstand durch den Handel zwischen den Nationen. Wirtschaftsgemeinschaft ja, politische Union nein. Diese Formel ist eine Konstante britischer Politik. Sowohl Tory als auch Labour akzeptierten Schengen und den Euro zwar, Großbritannien ist aber weder der einen noch der anderen politischen Union beigetreten.

Wir interpretieren die britische Brexit-Kampagne aus deutscher Sicht oft als den ersten wirklichen Sieg des Populismus in Europa und denken dabei an Le Pen, Wilders, Petry u.a. Allerdings ist es in Großbritannien die traditionsreiche Tory-Partei, also eine Institution der Mitte, die nun den populistischen Aufstand verwaltet. Was unterscheidet den britischen Populismus von dem auf dem Kontinent? Spielen Rechtsradikale eine Rolle?

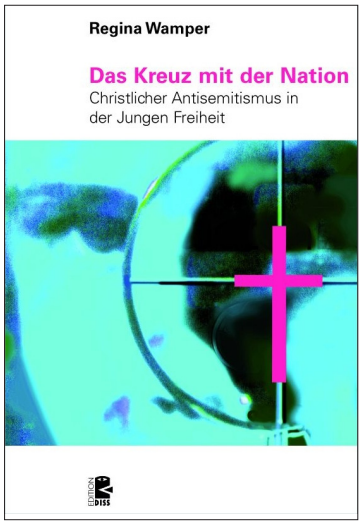
Wenn ich mich nicht täusche, bezeichneten vor fast vier Jahrzehnten die Politikwissenschaft und Medien Ronald Reagan und Margaret Thatcher als rechtspopulistisch. So beschrieb Anfang der 19080er Jahre der bedeutende britische Gesellschaftswissenschaftler Stuart Hall den Politikansatz der beiden als „right-wing authoritarian populism“, der sich durch einen ausgeprägten Zynismus gegenüber Menschenrechten und einen nach innen und außen gerichteten Nationalismus auszeichnete.

Das war bahnbrechend, sagte man, sie waren eben die Ersten. Sie setzten sich für die Ausweitung der ‚freien Welt‘ des Kapitalismus und die Auflösung des Eisernen Vorhangs, des Sowjetblocks und des Kommunismus ein. Die heutigen Rechtspopulisten wenden sich gegen die nach dem Kollaps der Sowjetunion erlangte ‚Freiheit‘ und setzen sich für ihre Wiedereinschränkung ein, für die Errichtung neuer Grenzen und Mauern. Sie wollen dem Kapitalismus nationale Barrieren auferlegen. Das ist ein Paradigmenwechsel, eine Kehrtwende, die in jedem Land systembedingt anders läuft. Das britische Wahlsystem ist direkt und lässt kleinen Parteien keinen Platz. Die nationalistisch ausgerichtete United Kingdom Independence Party (UKIP) hat bis heute keinen Sitz im Unterhaus. Das heißt, dass sie in keinem einzigen Wahlkreis die Nase vorne hat. Dafür ist ihr Einfluss auf die Tory-Party von innen enorm gewachsen. Die Tory-Party saugt alles rechts von der Mitte wie ein Schwamm auf, auch rechts außen. Das tut die Labour Party links der Mitte genauso. Das erklärt den gegenwärtigen nationalistischen Rechtsruck der Tory-Partei einerseits und den sozial- und industriepolitischen Linksruck der Labour Partei andererseits. Ich empfehle die Lektüre der in diesen Tagen publizierten Wahlprogramme. Während Tory Arbeitgeber zwingen will, für jeden ausländischen Beschäftigten 2000 Pfund pro Jahr an die Regierung zu bezahlen, will Labour die Sozialausgaben steigern und Schlüsselindustrien verstaatlichen. Den Programmen nach zu urteilen, findet gerade eine Radikalisierung des britischen Zweiparteiensystems statt. Da fragt man sich gerade, wer die gemäßigte Mitte der Gesellschaft vertritt.

Von den vielen Gegnern des Brexit in England selbst hört man nichts mehr. Ist die Niederlage des linksliberalen bürgerlichen Lagers, insbesondere der Jugend, so gründlich, dass von dort auf ab-

K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
Edition DISS Band 18
208 S., 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

sehbare Zeit kein politischer Aufbruch zu erwarten ist?

Wie gesagt – die Labour Partei orientiert sich neu nach links – und zwar seit der überraschenden Wahlschlappe 2015 mit Ed Milliband und seinem eher linksliberalen Kurs. Für viele ebenfalls überraschend war die anschließende Wahl von Jeremy Corbyn vom linken Flügel zum neuen Labourchef. Vor dem Referendum wollte sich Corbyn nicht neben dem damaligen Tory-Premierminister David Cameron sehen lassen, der für den Verbleib in der EU war: Am linken Flügel halten viele die EU für einen elitären neoliberalen Club. Aufgrund der Tatsache, dass viele pro-Brexit-Wähler aus dem Labour-Lager stammen, hat sich der neue Labour-Chef Jeremy Corbyn auch nach dem Votum zurückgehalten. Corbyn akzeptiert das Brexit-Votum, verspricht aber den Schaden an der Bevölkerung gering zu halten. Die Liberal Democrats sind die einzige, flächendeckend, d.h. Großbritannienweit, auftretende Partei, die im Wahlprogramm 2017 ein zweites Referendum verspricht. Sie betrachtet das Brexit-Votum als einen historischen Fehler, der rückgängig gemacht werden kann. Da es allerdings bei der anstehenden Wahl nicht nur um Brexit geht, wird diese verhältnismäßig kleine Partei kaum in der Lage sein, all diejenigen hinter sich zu vereinen, die für den Verbleib in der EU sind. Aber, lassen wir uns überraschen.

Wie hat sich im Zuge des Brexit in Großbritannien das ‚Deutschland-Bild' entwickelt?

Das britische ‚Deutschland-Bild' leidet unter Brexit nicht. Die Deutschen können ja Fußball, Autos und Bier! Was soll sich nach Brexit an der Beziehung zu Deutschland oder Frankreich ändern? Solche bilateralen Beziehungen haben in weiten Teilen der von konservativen Medien dominierten Öffentlichkeit mit der EU nichts zu tun. Jürgen Klopp ist einer der beliebtesten Trainer der Premier League. Einen besseren Botschafter könnte Deutschland auf der Insel nicht haben. Der Werbespot eines bedeutenden deutschen Autoherstellers ‚Vorsprung durch Technik' wird von den regionalen Radiosendern ohne Übersetzung gespielt. Das versteht zwar niemand, ist aber Deutsch und damit ein Qualitätssiegel. Wenn ich da bin, fragen mich schon mal Leute nach der Bedeutung, die sie in der Regel wenige Tage später wieder vergessen haben. Das Vereinigte Königreich ist der größte Importeur deutscher Autos in der EU. Viele Briten trinken bayrisches Weizenbier und schwärmen vom Oktoberfest in München. Respekt gepaart mit historisch bedingten Ressentiments beherrschen das von männlichen Stereotypen geprägte Bild von Deutschland. Die Ironie des Schicksals ist, dass erst durch das Brexit-Votum die britische Bevölkerung gezwungen wird, sich mit der EU und den europäischen Nachbarn auseinanderzusetzen. Brexit und damit die EU sind täglich in den Medien. Das entstehende Medienbild von Ursache und Wirkung ist dabei verzerrt. Dass sich Bundeskanzlerin Merkel für die Flüchtlinge eingesetzt hat und dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung sie zunächst dabei unterstützte, wird zur Kenntnis genommen, aber nicht als das Hauptproblem der Zuwanderung nach Großbritannien gesehen. Deutschland wird nicht als Ursache der Zuwanderung nach Großbritannien betrachtet, sondern die EU. Der Zorn der Brexit-Befürworter richtet sich gegen die Zuwanderung aus den östlichen EU-Ländern, insbesondere Polen.

DISS: Die Labour Party ist zerstritten und agiert offenbar im Abseits. Welche tiefere, inhaltliche Bedeutung haben die Machtkämpfe um Jeremy Corbyn? Oder geht es nur um Personen?

In der Politik geht es natürlich immer um Personen, aber auch um das Zusammenspiel von Konjunkturen und Strukturen. Wie nach der Wahl der Tory-Premierministerin Margaret Thatcher 1979 befindet sich die Labour Partei heute in einem tiefgreifenden Richtungsstreit. Damals bildeten einige abtrünnige Labour Ex-Minister die Social Democrat Party, die später mit den Liberalen fusionierte, um die Liberal Democrat Party zu gründen. Die Labour Partei brauchte 18 Jahre, bis 1997 Tony Blair mit dem Slogan ‚New Labour' erdrutschartig zum Premierminister gewählt wurde. Blair setzte in wesentlichen Punkten die neoliberale Wirtschaftspolitik von Thatcher und ihrem Nachfolger auf der Downing

Street 10 John Major fort. Blair rief die sogenannte ‚Stakeholder Economy' aus, für die das Land Arbeitskräfte benötigte: Unter Blair ebnete Großbritannien als einer der ersten EU-Mitgliedsstaaten den Weg für die uneingeschränkte Zuwanderung aus Ost-Europa unmittelbar nach der EU-Osterweiterung 2005. Andere Länder wie Deutschland zogen erst einige Jahre später und mit Einschränkungen nach. Heute leben 800.000 Polen im Vereinigten Königreich. Brexit ist vor allem ein Reflex auf die Blairsche Einwanderungspolitik. Welchen Entwicklungsweg Labour im 21. Jahrhundert einschlagen wird, ist unklar, aber regieren kann sie nicht zuletzt wegen des Wahlsystems nur links der Mitte. Aber, denken Sie an die alte Faustregel beim Fußball: Die wichtigste Phase eines Spiels findet gegen die 97. Minute statt, denn ‚It's not over till it's over'. Laut Umfragen will die große Mehrheit der unter 40-Jährigen Labour wählen. Gerade bei dieser Gruppe verzeichnet Labour zurzeit einen signifikanten Mitgliederzuwachs. Nach dem Zweiten Weltkrieg gingen viele von einem Wahlsieg von Winston Churchill aus, dem größten Tory-Premierminister aller Zeiten, Befreier und Kriegsgewinner. Er verlor gegen Labourchef Clement Attlee, der eine Erhöhung der Sozialausgaben und die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien versprach.

Bereits am 25. Juni 2016 hat die schottische Regierung als Reaktion auf das Ergebnis des britischen EU-Referendums entschieden, ein erneutes Unabhängigkeitsreferendum vorzubereiten. Können die Schotten dieses Referendum tatsächlich ohne die Zustimmung der britischen Regierung durchführen? Und wie stehen die Chancen und die Konsequenzen eines Erfolgs, auch im Hinblick auf Nordirland?

Bis vor wenigen Jahren war Schottland noch eine Hochburg der Labour Partei. Die Scottish National Party (SNP) hat sie allerdings mittlerweile nachhaltig von links überholt, mit dem Erfolg, dass heute weder Tory noch Labour in Schottland einen Schnitt machen. Verstaatlichung vor allem der Ölressourcen vor der schottischen Nordseeküste, sowie erhöhte Sozialabgaben sind ihre vordergründigen Themen. Bei dem Referendum über die schottische Unabhängigkeit 2014 scheiterte SNP. Beim Brexit-Referendum 2016 votierte die Mehrheit der Schotten nicht für Brexit, sondern für den Verbleib in der EU. Anschließend hat SNP unter der sogenannten Ersten Ministerin Nicola Sturgeon über ein erneutes Referendum über die schottische Unabhängigkeit im schottischen Parlament abstimmen lassen. Sie gewann. Sturgeon schließt daraus, dass ein zweites Referendum in Schottland über die Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich stattfinden soll, weil die Schotten beim ersten Referendum für den Verbleib in einem Vereinigten Königreich votierten, das Teil der EU ist. Das schottische Parlament will zwar eine Wiederholung des schottischen Referendums, die Bevölkerung laut Umfragen aber nicht. Eine weitere Komplikation ist, dass die schottische Unabhängigkeit eine Mehrheit im britischen Parlament erfordert. Dafür fehlt aus heutiger Sicht die erforderliche Mehrheit im Parlament in Westminster. Wie die Mehrheitsverhältnisse im neu gewählten britischen Unterhaus nach der Wahl am 8. Juni 2017 aussehen werden, ist Kaffeesatzleserei. Alle Hoffnung in die Schotten zu setzen, als die einzigen Europäer des Vereinigten Königreichs - was die deutschen Medien gern tun - ist nicht zielführend. Das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl des Vereinigten Königreichs war noch nie so stark wie in Zeiten der Bedrohung von außen, etwa in zwei Weltkriegen. Ich sehe vor diesem Hintergrund die Gefahr, dass England, Schottland, Wales und Nordirland zu einem ‚Wir'-Gefühl gegen die EU finden, wenn Tory diese Wahl gewinnt. Dann ist die Wiederrichtung der Grenze in Irland denkbar. Vor einem Rosenkrieg kann man nur warnen. Dann verlieren alle.

Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis ist dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen.

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Telefon / E-Mail: _____

Bitte einsenden an: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg

[ ] Ja, ich unterstütze das DISS ab _____ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 /50 oder _____ €. (Nichtzutreffendes bitte streichen)

[ ] Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von _____€.

[ ] Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

[ ] Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Kto: _____

bei: _____

BLZ: _____

Datum, Unterschrift: _____

1988 | Das DISS feiert den 1. Geburtstag.

1991 | Das DISS hat ein Logo, entworfen von Heinrich Strunk.

DISS-Journal

Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) 1 / 1998

Liebe Leserinnen und Leser,

1997 ist das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) 10 Jahre alt geworden. Jetzt haben wir auch eine Institutszeitung. Das DISS-Journal wird zunächst zweimal im Jahr erscheinen. Für Freunde, Förderer und andere Interessenten soll die Zeitung Nachrichten, Kommentare, Ankündigungen, Berichte und Rezensionen aus den Arbeitsbereichen des Instituts bieten.

Tips, Anregungen und Kritik sind natürlich erwünscht. Wir fangen mit 16 Seiten an, werden uns aber wahrscheinlich, wie gewohnt, steigern - wenn die nächste Ausgabe erscheint.

Die Redaktion

Aus dem Inhalt

Warum die Dinosaurier ausgestorben sind ... 2
Gefährlich fremd ... 4
Wie die Rechten die Hamburger Senatswahl beurteilen ... 5
Bioethik, Forschung und Grundrechte ... 6
10 Jahre DISS ... 10
Botho Strauß: Faschistoide Phantasmen ... 12

Kriminal-Tango

"Nachts auf Deutschlands Straßen. Es vergeht keine Minute ohne Einbruch, Diebstahl, Vergewaltigung.
Nachts auf Deutschlands Straßen. Die Täter haben nichts zu befürchten. Sie betrinken sich in ihren Kneipen, laufen offen durch die Nacht, urinieren gegen Hauswände.
Nachts auf Deutschlands Straßen. Alle schweigen, doch die Wahrheit ist lange bekannt.
Die Statistiken beweisen es: 85% aller Verbrechen werden von Männern begangen.
Die Gefängnisse sind voll von Männern.
Deutschland hat ein Männerproblem, aber niemand wagt das Tabu der Männerkriminalität anzusprechen!"

Die meisten Menschen werden solche Sätze als absurd empfinden, und kaum jemand wird aus den Zahlen einen "Handlungsbedarf" herauslesen. Wenn wir aber "Männer" durch "Ausländer" oder "Jugendliche" ersetzen, verwandelt sich die Absurdität in Evidenz, und es entstehen Artikel zu "Jugendkriminalität", "Ausländerkriminalität" und, als Gipfel der Bedrohung, "Kriminalität ausländischer Jugendlicher". Soviel zu Statistikbeweisen und der "deutlichen Sprache", die Zahlen angeblich sprechen.

Die Bekämpfung der Kriminalität ist zum Top-Thema geworden. Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß es zu dem Wahlkampfthema werden wird. Die SPD hat nach England geschaut, wo Tony Blair law and order zum "Labour issue" machte. Das hat in Hamburg zwar nicht funktioniert, war aber vom Standpunkt des Machterhalts nicht so dumm, wie im Nachhinein kommentiert wurde.

Denn die Sozialdemokraten haben ein Trauma. Mit dem Thema "Asyl" und

Impressum:

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Realschulstr. 51
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 20249
Fax: 0203 /287 881
http://members.aol.com/dissdui/index.htm

Druck: MR-Schnelldruck
Detlev Meisl, Beguinenstr.57
47228 Duisburg

1998 | Nach dem 10-jährigen Jubiläum erscheint die erste Ausgabe des DISS-Journals.

1995 | Vom Hinterhof auf der Realschulstraße...

...in die neuen Räume auf der Siegstraße

1995 | Tagsüber auf dem Sommerworkshop des DISS in Freudenberg...

2007 | 20 Jahre DISS: Siegfried Jäger hält die Jubiläumsrede.

30 Jahre DISS

...und abends beim Bier.

Ulrich Brieler,
Honorarprofessor an der Universität Leipzig, Referent für Grundsatzfragen Stadtverwaltung Leipzig im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

Liebe Margret, lieber Sigi, liebe Mitarbeiter und Freunde des DISS! Das Wichtigste, das mir Lektüre und persönliche Begegnungen mit Euch gegeben haben, ist die Wahrnehmung einer klugen Aufrichtigkeit. Sich einer Sache verschreiben, sie verfolgen, sich gegen den Wind stemmen, dranbleiben. Damit auch Treue gegenüber einmal gewonnenen Erkenntnissen. Sie nicht preisgeben. Beharren zeigen, auch wenn die Moden und Turns uns umwogen. Also: Unzeitgemäßes Denken, weiterdenken, überhaupt denken. Weiter so!

Am Anfang war die Diskurswerkstatt... Vor fünf Jahren habe ich zum ersten Mal die Diskurswerkstatt besucht und das DISS als wertschätzenden, solidarischen Ort kennengelernt, der mir noch mal ganz neue Perspektiven für meine wissenschaftliche, aber auch politische Praxis ermöglicht hat. Wissenschaft verbunden mit Kritik, Leidenschaft und Autonomie?! Ja, das geht! Und zwar hier im DISS und das seit 30 Jahren. Das ist nicht selbstverständlich und heute wichtiger denn je! Ich wünsche Euch (auch weiterhin) ein freies, und finanziell gesichertes Erforschen und Hinterfragen herrschender Verhältnisse. Wann, wenn nicht jetzt? Wer, wenn nicht Ihr?

Isolde Aigner
Leitung Diskurswerkstatt

Fabian Virchow
Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf; Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns

Meine Begegnungen mit dem DISS – in unmittelbarem Austausch mit den dort zeitweise oder dauerhaft Aktiven, aber auch vermittelt über die dort zahlreich entstandenen Publikationen – geht weit zurück. In den frühen 1990er Jahren waren dies etwa die Studien zum Rassismus und den Pogromen in Rostock und Hoyerswerda sowie deren medialer Bearbeitung. Bei anderen Gelegenheiten ergaben sich spannende Diskussionen über aktuelle Entwicklungen der politischen und gesellschaftlichen Rechten sowie Fragen theoretischer Konzeptualisierung, z.B. mit dem früh verstorbenen Alfred Schobert. Das DISS hat erheblich dazu beigetragen, Diskurstheorie und praktische Diskursforschung in Deutschland bekannt zu machen und entsprechend angeleitete Arbeiten zu inspirieren – nicht nur, aber deutlich profiliert in den Themenfeldern Rassismus, extreme Rechte und völkischem Nationalismus. Zu wünschen ist dem DISS ein langes institutionelles Leben und die Fortführung des diskurstheoretisch inspirierten Forschungsprogramms.

Als ich vom Geburtstag des DISS hörte, dachte ich seltsamerweise weniger an Foucault als an den Begriff der Dialektik nach Horkheimer/Adorno, jedoch angewendet auf den Begriff der „Gemeinschaft". Zum Einen habe ich dort gelernt, das diskursive Konstrukt einer Gemeinschaft zu kritisieren, das sich aus Begriffen wie Leitkultur, Nation, Elite, Volk speist und das lediglich über Ab- und Ausgrenzungen (aktuell insbesondere gegenüber dem Islam) funktioniert, während ich gleichzeitig zum Anderen im DISS Teil einer kritischen Denkgemeinschaft sein durfte, in der der Andere als vollkommen anderer akzeptiert und gehört wurde, in der die Praktikantin gleichberechtigt neben dem Professor sprach und in der der kritische Einsatz für Ausgegrenzte und Benachteiligte eine selbstverständliche Aufgabe war und ist. Eine Kritik gegenüber Zuständen, die nicht nur gesprochen und gedacht, sondern täglich auch im mit-fühlenden und mit-helfenden Mit-Ein-Ander gelebt wird. Danke DISS!

Kathrin Huck

Anfang der 1990er Jahre: Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, die sog. Asyldebatte...Im Rahmen des Studiums der Sozialwissenschaften in Frankfurt am Main Rezeption von Sigfried Jägers Einführung in die Kritische Diskursanalyse, verlegt vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Lünen, 14. bis 16. Juni 1996: Sommer-Workshop des DISS zu „Ausgrenzungen und Normalitäten in Deutschland“ –die erste Veranstaltung des DISS, zu der ich eingeladen war, kurz nach Abschluss des Studiums. Beginn einer seit über 20 Jahre währenden Zusammenarbeit.Mehr als zwei Jahrzehnte wichtige Analysen zu den Themen Rassismus, dem (Wieder-) Erstarken der Rechten, der Transformation des Kapitalismus sowie der Rolle der Medien. Gemeinsames Nachdenken über linke Politik, spannende Diskussionen, kritisches Infragestellen, hilfreiche Denkanstöße und Selbstvergewisserungen, jährliches Wiedersehen mit Menschen, die zu wichtigen WegbegleiterInnen und ImpulsgeberInnen geworden sind. Begegnungen, Analysen und Diskussionen, die in Anbetracht der sich gegenwärtig verschiebenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissein Zukunft noch mehr vonnöten sein werden. Die Themen, mit denen wir uns in den vergangenen Jahrzehnten beschäftigten, werden uns nicht abhanden kommen, leider! Um so wichtiger, dass das DISS und die Menschen, die es mit Leben füllen, die begonnene Arbeit weiter fortsetzen. Trotz bzw. gerade wegen der schlechten Zeiten freu ich mich auf noch viele gemeinsame Winter-Colloquien!

Thomas Kunz
Professor für Soziale Arbeit und Bildung im Kontext sozialer Ungleichheit an der Frankfurt University of Applied Sciences.

30 Jahre DISS

Jürgen Link
Prof. Dr. phil., Literatur- und Kulturwissenschaftler an der Universität Dortmund und Herausgeber der „zeitschrift für angewandte diskurstheorie kultuR-Revolution“.

Überschaut man die vom DISS herausgegebenen und großenteils auch kollektiv erarbeiteten Monographien und Sammelbände sowie dann auch die DISS-Journale, so hat man ein Evidenzerlebnis: Hier ist drei Jahrzehnte lang ein außerhegemoniales, aber dennoch wirkungsmächtiges, sowohl theoretisch wie praktisch starkes Projekt gelungen. Außerhegemonial, weil kapitalismuskritisch und radikaldemokratisch, was durch die Distanz offizieller akademischer Instanzen bestätigt wurde – aber gerade deshalb enorm operativ, wie es der weitreichende Einfluss des Konzepts einer „Kritischen Diskursanalyse“ bewiesen hat. Aus Sicht der kultuRRevolution möchte ich dem DISS vor allem für ein kleines Wunder danken: für gelungene kooperative Spezialisierung. Sicher gibt es eine Menge von Gründen für das Scheitern von 1968 – ein wichtiger lag meines Erachtens im Konkurrenzgehabe der intellektuellen Projekte: Alle sahen sich als „universelle Intellektuelle“, die um die Interpretation jedes neuen Ereignisses konkurrierten. Foucault empfahl statt dessen den „spezifischen Intellektuellen“, der ein positives Wissen operativ für sein Engagement nutzt. So haben DISS und kRR nach Möglichkeit nichts „gedoubelt“, wohl aber kooperiert und die vielen Anschlüsse gepflegt. Ich bin kein Freund des Preußentums, aber ein angeblich preußisches stragetisches Prinzip haben wir erfolgreich praktiziert: „(Zuweilen) getrennt marschieren, aber dann vereint schlagen“.

Martin Edjabou
Germanist und Erziehungswissenschaftler, Promotion an der Fakultät für Kulturwissenschaften an der Universität Paderborn zum Thema „Erzählstrategien über Afrika in ausgewählten bundesdeutschen Leitmedien".

Ich heiße Martin Edjabou. Ich komme aus Togo. An der Université de Lomé habe ich „Études germaniques/Germanistik" und Erziehungswissenschaften studiert. Im Wintersemester 2008/09 konnte ich meine Abschlussarbeit zum Magister an der Universität Paderborn schreiben. Dabei quälte mich die Frage nach einem methodologisch operativen Mittel zur Durchführung meiner Untersuchungen. In dem besagten Magisterprojekt wollte ich Zeitungsartikel deutscher überregionaler Zeitungen analysieren. Gegen Ende meines Aufenthaltes riet mir ein Soziologe, dass ich nach Duisburg im DISS vorbeischauen sollte. Zu einem Besuch kam es aber nicht, doch ich verlor diese Spur nicht aus dem Auge. In den darauffolgenden Jahren habe ich mehrfach die Website des DISS (von Lomé aus) angeklickt und kam zu dem Entschluss, mich dort für ein Praktikum zu bewerben. Und in der Tat bekam ich eine positive Rückmeldung.

Mit dem Praktikum sollte ich beginnen, als ich mich im Winter 2012 für ein Promotionsstudium in Paderborn entschied. Ich hatte mich in meinem Dissertationsprojekt bereits für die Kritische Diskursanalyse entschieden; und mein Doktorvater stimmte meiner theoretischen und methodologischen Entscheidung zu. Seit meiner Studienzeit beschäftigte mich die Frage nach einer adäquaten Theorien- und Methodenauswahl für mein Studienfach „Civilisation allemande" innerhalb der sogenannten Auslandsgermanistik. Entscheidende Hilfestellungen hierzu bekam ich aber erst im DISS. Dazu hat die freundliche Aufnahme von dem im DISS mitwirkenden heterogen besetzten Mitarbeiterteam erheblich beigetragen. Direkte Gespräche mit Margerete und Siegfried haben mir bei der Präzisierung meines Dissertationsprojektes sehr geholfen.

Ich wünsche mir sehr, dass die Multi- und Transdisziplinarität am DISS weiterausgebaut wird. Außerdem wünsche ich mir, dass das DISS zu einem soliden Bildungs- und Ausbildungsort ausgebaut wird, wo kurz oder auch längere Lehrgänge zu gesellschaftskritischen Fragen in dem Einwanderungsland Deutschland angeboten werden. Hierzu bedarf es einer notwendig zukunftssicheren Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln und sicherlich auch eines ideensystemoffenen Auftretens des Instituts.

Was verbindest du mit dem DISS?

A huge feeling of gratitude for, first of all, the warmth of its people. The four months I spent in Duisburg come back to my memory constantly. You might not believe it, but you will if --sorry if it sounds silly-- you think that the knowledge I then acquired comes to the surface every time I do teaching or research around Critical Discourse Analysis (unavoidable in Journalism), and that brings along our meetings, talks, dinners and breakfasts! The CDA I learned at DISS is itself the second link and reason to thank you. Again the seminars, the talks (and my battle not to loose a word, Was für eine Menge deutsch habe ich dabei gelernt!!!) come to my mind. Not just ‚Discourse is the flow of knowledge through time', it is for me a deep human link with you all. I know I will forget some names, but let me remember all those hours I spend with Sigi, Margarete, Ina, Gabi, Frank, Peter, Martin, Iris,... with or without currywürst mit pommes (or that roasted leg Frank cooked so well)! Or the Kartofeln Kiste! [I have to come back to cook another (modest) paella for all of you! I am in debt.]

Xavi Giro
Journalist und Professor an der Universitat Autònoma de Barcelona

Was wünschst du dir zukünftig vom DISS?

Once I heard a poet to say that he had a clear defeat in life. „Why?" asked another. „Because I succeeded in this ill society", he point out. Ok, ok, ok. We don't need to be catastrophist. What I mean is: I wish the DISS keeps going helping to change our societies, carrying out research that is action, and from which we can learn more and apply it in our cases. Just that, rowing against the flow. Without the DISS our research on media and migration, racism, sexism and violence, would be less than what it has been. Margret, Sigi, ich umarme euch!!!